

Gemeindewahlen vom 11. Juni 2023

Programm für die Stadt Luxemburg.

Solidaresch.

Solidaires.

Solidariedade.

Solidarity.

Unser Aktionsplan für die Stadt Luxemburg

1. **Wohnen:** Mieter schützen, Spekulation besteuern, öffentliche Wohnungen bauen.
2. **Soziales:** Ungleichheiten stärker bekämpfen.
3. **Energie:** Die Energiewende begleiten, Energiearmut verhindern.
4. **Umwelt:** Biodiversität erhalten, Umweltverschmutzung reduzieren.
5. **Mobilität:** Weniger Autos, mehr sanfte Mobilität.
6. **Stadtviertel:** Besser planen, um besser zu leben.
7. **Bildung und Erziehung:** Die Inklusion aller Kinder sicherstellen.
8. **Kultur:** Kreatives Schaffen dezentralisieren, das Angebot demokratisieren, das Kulturerbe schützen.
9. **Sport:** Ertüchtigung und Spaß für alle.
10. **Jugend:** Teenagern Entfaltungsmöglichkeiten bieten.
11. **Demokratie:** Die Bewohner*innen in Entscheidungen einbinden.
12. **Gemeindeverwaltung:** Angemessene und hochwertige Dienstleistungen bereitstellen.

Seit 1969. Ganze 54 Jahre.

Seit 54 Jahren schon regiert die liberale Partei DP die Stadt Luxemburg an der Spitze verschiedener Koalitionen. Ohne eine einzige Unterbrechung. Diese Dominanz einer einzigen Partei schadet nicht nur unserer Demokratie. Sie erhält und verstärkt auch die sozialen Ungleichheiten. Denn die DP ist die Partei der privilegierten Klassen und der Honoratioren der Stadt. Die DP ignoriert die unteren Klassen nicht. Manchmal zeigt sie sogar Großzügigkeit gegenüber diesem oder jenem Teil von ihnen. Allerdings unter der Bedingung, dass das Wesentliche nicht angetastet wird. Für die DP ist das Wesentliche das Recht der Hausbesitzer, jede beliebige Miete zu verlangen, das Recht der Bauunternehmer, alles zu bauen, das Recht einer kleinen Minderheit, allen anderen ihre Entscheidungen aufzuzwingen, und das Recht der Reichen, die Umwelt so stark zu verschmutzen, wie sie wollen. Diese Politik hat einen Namen. Er lautet Klientelismus. Diese Politik hat die Stadt in eine soziale, ökologische, städtebauliche und demokratische Sackgasse geführt.

Die aktuelle Bilanz der DP-CSV-Koalition, die aus den Kommunalwahlen 2017 in Luxemburg-Stadt hervorgegangen ist, knüpft an die vorherigen an: Sie ist miserabel. Die sehr umfangreichen Ressourcen, über die die Stadt verfügt, wurden nicht eingesetzt, um die grundlegendsten Bedürfnisse zu befriedigen.

Das Ergebnis kann jeder sehen: Über eine Milliarde Euro an Reserven und Haushaltsüberschüssen auf den Bankkonten stehen einem eklatanten Mangel an Sozialwohnungen, einer veralteten Infrastruktur, unbedeutenden Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und einer Zunahme der sozialen Ungleichheit gegenüber, die bis in die Straßen der Stadt hinein spürbar ist.

Angesichts der Drogenprobleme in bestimmten Stadtvierteln - die wir nicht leugnen, die aber mit sozialen Mitteln bekämpft werden müssen - setzte die DP-CSV-Mehrheit auf Sicherheitspopulismus, indem sie private Wachfirmen mit der Überwachung der öffentlichen Straßen beauftragte. Die déi Lénk-Räte reagierten darauf mit einer Klage vor dem Verwaltungsgericht gegen diese illegale und verfassungswidrige Maßnahme. Der Fall ist derzeit vor dem Verwaltungsgericht in der Berufungsinstanz.

Dem ersten Bericht des LISER-Sozialobservatoriums zufolge lebten im Jahr 2020 22,3 % der in Luxemburg-Stadt ansässigen Arbeitnehmer unter der Armutsgrenze. Dies ist mehr als der nationale Durchschnitt von 17,4 %! Ein Drittel von ihnen konzentriert sich in den Stadtteilen Gare und Bonnevoie-Sud. Je nach Nationalität gibt es große Lohnunterschiede, da die Menschen in unterschiedlichen Branchen arbeiten, die unterschiedlich viel Geld einbringen. Portugies*innen und Kapverdianer*innen sind von diesen Lohnunterschieden besonders betroffen.

Es bedurfte des Drucks einer von déi Lénk im November 2022 organisierten Pressekonferenz, um diese Zahlen zu veröffentlichen. Dem Schöffengericht waren sie bereits seit mehr als sechs Monaten bekannt. Es hätte sie lieber verschwiegen, denn sie zeigen, dass die derzeitige Mehrheit nichts unternommen hat, um diese Einkommensunterschiede einzudämmen. Dabei hätte sie dies durch eine angemessene Sozialpolitik tun können. Insbesondere im Bereich des Wohnungswesens. Der Mangel an Sozialwohnungen ist jedoch eklatant, obwohl die Stadt über erhebliche finanzielle Mittel und Grundstücke verfügt.

Ähnlich gravierende Mängel gibt es bei der Planung von Bildungs-, Kultur- und Freizeiteinrichtungen, die der Entwicklung der Stadtviertel hinterherhinken - und das,

obwohl bereits fast 50 % der Stadtkinder nicht mehr an der öffentlichen Grundschule teilnehmen.

Was die Mobilitätspolitik betrifft, so gibt es zwar ein gut funktionierendes Busnetz, doch die Privatisierung schreitet voran, wobei derzeit ein Drittel der Fahrer und Busse von privaten Unternehmen gestellt werden. Der enorme Erfolg der Straßenbahn, die weiter ausgebaut werden muss, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die beiden lokalen Regierungsparteien bis 2007 vehement gegen die Straßenbahn waren. Sie bevorzugten übrigens weiterhin das Privatauto und die Entwicklung von Parkplätzen im Stadtzentrum. Als ob die Zeit in den 1980er Jahren stehen geblieben wäre. Dabei sehen die Realitäten heute ganz anders aus. Das bestehende Straßennetz auf dem Gebiet der Stadt ist nicht mehr erweiterbar. Die Klimakrise lässt sich nicht mehr leugnen. Angesichts dieser Herausforderung ist ein Wandel erforderlich. Der Platz des Autos muss zurücktreten. Die Umsetzung eines sicheren Netzes für Fahrräder und Fußgänger muss zu einer absoluten Priorität werden.

Angesichts der Dringlichkeit der Klimakrise muss auch auf die gravierenden Versäumnisse in der Energiepolitik und bei der Unterstützung der Renovierung von Gebäuden - einschließlich derer, die der Stadt gehören - hingewiesen werden, obwohl Luxemburg in diesem Bereich europaweit den letzten Platz einnimmt! Die Förderung groß angelegter energetischer Sanierungen, die Unterstützung von Haushalten in prekären Energieverhältnissen und der Ersatz fossiler Brennstoffe durch erneuerbare Energiequellen sind allesamt strategische Dossiers, die von der derzeitigen Koalition vernachlässigt werden. Es sei darauf hingewiesen, dass déi Lénk die Privatisierung der Strom- und Gasnetze schon immer als strategischen Fehler betrachtet haben und dass wir uns seit Jahren für die Rekommunalisierung der Energienetze einsetzen.

Was die den Bürgerinnen und Bürgern angebotene Beteiligung betrifft, so geht diese nicht über die bloße Information und Mitarbeit bei der Gestaltung der Makadamfläche hinaus, ohne insbesondere die wesentlichen Fragen der Organisation der Stadtviertel als Ganzes und des Verhältnisses von Wohnungen und Arbeitsplätzen im Stadtgebiet zu berühren.

Wir können die konstruktiven Vorschläge der déi Lénk-Stadträte zur Verbesserung der allgemeinen Lebensqualität nicht mehr zählen. Sie wurden alle schlichtweg ignoriert oder abgelehnt. Die derzeitige Mehrheit, die ebenso arrogant wie inkompetent ist, glaubt, dass die Stadt ihr gehört. Machtverschlissen und den Interessen einer Minderheit von Bauherren und Hausbesitzern unterworfen, erträgt sie immer weniger kritische Stimmen.

All dies kommt nicht von ungefähr. Nach dem Vorbild einer Reihe von Städten im Ausland zielt die Politik in der Hauptstadt darauf ab, sie zu einem einladenden Hafen für die Reichsten zu machen und gleichzeitig die Armen aus dem Blickfeld zu verdrängen.

Die vorrangigen Fragen, die wir anlässlich der Kommunalwahlen am 11. Juni aufwerfen, lauten daher wie folgt:

- Soll unsere Stadt endgültig zu einer Stadt mutieren, die sich nur noch eine Schicht von Privilegierten leisten kann?
- Soll unsere Stadt noch nur junge Menschen mit einem hohen wirtschaftlichen Kapital aufnehmen?
- Wird sich unsere Stadt weiterhin auf den motorisierten Individualverkehr konzentrieren, der den größten Teil des öffentlichen Raums beansprucht?

- Wird unsere Stadt unfähig sein, dem klimatischen Ungleichgewicht und dem Rückgang der Artenvielfalt standzuhalten?

Wir stellen diese Fragen aus der Perspektive einer Bewegung - déi Lénk -, die das bestehende Wirtschaftssystem grundlegend in Frage stellt und sich auf die Seite der nicht privilegierten Luxemburger und Nicht-Luxemburger sowie der prekarierten Jugendlichen stellt.

In diesem Sinne halten wir es für dringend erforderlich, dass die derzeitige DP-CSV-Koalition abgelöst wird:

- um endlich eine Wohnungspolitik für die Mehrheit der Bevölkerung und nicht für eine Minderheit von Eigentümern und Bauträgern betreiben zu können;
- um den Ausstoß von Treibhausgasen konsequent reduzieren und die Umwelt in der Stadt schützen zu können;
- um eine echte Bürgerbeteiligung einführen zu können.

Die folgenden 12 Kapitel des Programms von déi Lénk Stad zeugen von einer Politik zugunsten jener, am meisten darauf angewiesen sind: den Ärmsten und der Mittelschicht, den Bewohnern von heute und morgen, denen, die hier schlafen, wie denen, die hier arbeiten, studieren oder ihre Freizeit verbringen. Wir wollen eine sparsamere und effizientere Energie- und Verkehrspolitik. Wir wollen eine Stadt mit menschlicher Dimension, eine Stadt, in der jeder seinen Platz findet und seine Meinung berücksichtigt wird. Eine Stadt, die ihren Bewohnern entspricht. Mit anderen Worten: eine Stadt, in der wir alle solidarisch sind, unabhängig von unserer Nationalität. Unser Programm ist ein Beweis dafür. Jedes der 12 Kapitel konzentriert sich auf ein zentrales Thema und fordert einen Wandel der Stadtpolitik hin zu mehr Solidarität, sei es in der Art und Weise, wie sie konzipiert, diskutiert oder umgesetzt wird:

1. Wohnen: Mieter schützen, Spekulation besteuern, öffentliche Wohnungen bauen.
2. Soziales: Ungleichheiten stärker bekämpfen.
3. Energie: Die Energiewende begleiten, Energiearmut verhindern.
4. Umwelt: Biodiversität erhalten, Umweltverschmutzung reduzieren.
5. Mobilität: Weniger Autos, mehr sanfte Mobilität.
6. Stadtviertel: Besser planen, um besser zu leben.
7. Bildung und Erziehung: Die Inklusion aller Kinder sicherstellen.
8. Kultur: Kreatives Schaffen dezentralisieren, das Angebot demokratisieren, das Kulturerbe schützen.
9. Sport: Die größtmögliche Anzahl von Menschen zusammenführen.
10. Jugend: Teenagern die Möglichkeit geben, sich zu entfalten.
11. Demokratie: Die Bewohner*innen in Entscheidungen einbeziehen.
12. Gemeindeverwaltung: Angemessene und hochwertige Dienstleistungen bereitstellen.

Nach 54 Jahren ist es an der Zeit, die neoliberalen und unsozialen Machthaber in unserer Stadt zu entmachten. Damit dies geschehen kann, ist die beste Lösung, déi Lénk zu wählen.

Zeigen wir ihnen die rote Karte!

Indem wir das auf den folgenden Seiten vorgestellte Wahlprogramm unterstützen!

Indem wir zur Wahl gehen - und für déi Lénk stimmen!

1. Wohnen: Mieter schützen, Spekulation besteuern, öffentliche Wohnungen bauen.

Die Wohnungskrise spitzt sich immer mehr zu und verlangt nach dringenden Antworten und mutigen politischen Entscheidungen. Luxemburg ist traditionell ein Land der Hausbesitzer. So hat es weder einen privaten noch einen öffentlichen Mietwohnungsbestand entwickelt. Das Verhältnis von erschwinglichen Wohnungen zur Gesamtzahl der Wohnungen beträgt in Luxemburg-Stadt nur 2 %, im Vergleich zu 10 % in Trier oder Metz oder 40 % in Wien. Der in der Stadt entstandene Mietwohnungsbestand ist nicht auf das Wohnbedürfnis der Bevölkerung ausgerichtet, sondern auf das Profitstreben der Investoren. déi Lénk hinterfragt diese Priorität und will Antworten auf das Recht auf Wohnen geben. Wir sind der Meinung, dass dringend menschenwürdiger und erschwinglicher Wohnraum mobilisiert und in der Stadt geschaffen werden muss, um weniger wohlhabende Menschen - denn auch eine Arbeit und ein angemessener Lohn schützen nicht mehr vor prekären Wohnverhältnissen - und auch die Schwächsten (Frauen, die Opfer häuslicher Gewalt sind, Alleinerziehende, BPIs, Obdachlose) unterzubringen. Mittelfristig streben déi Lénk einen Anteil von 10 % an Sozialwohnungen oder erschwinglichen Wohnungen an.

déi Lénk planen folgende Maßnahmen:

1.1. **Einrichtung eines Informationsdienstes für Wohnungssuchende**, der diese wichtige Aufgabe nicht mehr den privaten Immobilienagenturen überlässt. Zu diesem Zweck werden die derzeitigen Aufgaben der Abteilung Wohnen wie folgt ergänzt:

- die Verkaufs-, Kauf- und Mietangebote von Personen sammeln, die keine privaten Immobilienmakler beauftragen wollen, und so als öffentlicher Informationspool fungieren;
- die Transparenz der Verkaufspreise fördern, indem sie einen Durchschnitt der Immobilienverkaufspreise pro Stadtteil veröffentlichen, wobei diese Statistiken auf den entpersonalisierten Daten basieren können, die von der Administration de l'Enregistrement et des Domaines für steuerliche Zwecke erstellt werden;
- Information der Bevölkerung über Lage, Größe und Preise zukünftiger öffentlicher und privater Wohnungsbauprojekte;
- eine Übersicht über die Baugrundstücke erstellen, die sich in den Händen der Stadt befinden;
- Förderung der Erschließung von ungenutztem Wohnraum (siehe unten).

Um diese Aufgaben zu erfüllen, soll das Personal der Abteilung Wohnungswesen der Stadt substanziell aufgestockt werden.

1.2. Auf Stadtebene **die verfügbaren gesetzlichen Mittel zur Bekämpfung der Wohnungskrise umsetzen** (Gesetz von 2004 über die Kommunalplanung, Gesetz über den Wohnungspakt 2.0, Steinbeihilfen...). déi Lénk wollen insbesondere:

- einer Liste der Sonderbebauungspläne (PAPs) erstellen, die seit mehr als drei Jahren nicht umgesetzt worden sind;

- einen Bericht erstellen, in dem die wichtigsten aufgetretenen Probleme und die rechtlichen Mittel aufgeführt sind, die eingesetzt wurden, um die Umsetzung von PAPs voranzutreiben, die seit langem nicht umgesetzt wurden, darunter insbesondere die ministerielle Flurbereinigung;
- die Zuweisung von unbebautem Land in Baugebieten für Bauzwecke anordnen;
- beschließen, wenn die endgültige Anordnung des Gemeinderats innerhalb von drei Jahren nicht befolgt wurde, eine jährliche Steuer für die Nichtnutzung für Bauzwecke zu erheben oder ein Enteignungsverfahren zugunsten der Gemeinde einzuleiten;
- eine Übersicht über alle für Wohnzwecke bebaubaren Grundstücke erstellen, die sich derzeit in den Händen der Stadt befinden;
- Kontakt mit dem Staat und den öffentlichen und halböffentlichen Institutionen aufnehmen, insbesondere mit dem Fonds du Logement und der Société nationale des habitations à bon marché (SNHBM), und sie auffordern, das Gleiche zu tun;
- eine städtische Bauträgergesellschaft gründen;
- Miet-/Sozial-/Erschwinglichkeitswohnungen in kommunaler Regie auf städtischem Bauland für Wohnzwecke mit einer staatlichen Beteiligung von bis zu 75% bauen (dadurch können die Preise um 20-30% gesenkt werden, d.h. um den Teil, der der Gewinnspanne der Bauträger entspricht);
- das Vorkaufsrecht der Stadt bei Grundstücksverkäufen geltend machen;
- Baulücken füllen und mit dem Fonds du Logement und der SNHBM zusammenarbeiten, um neue Bauprojekte zu initiieren;
- eine spezielle Steuer auf leerstehende Grundstücke und aus spekulativen Gründen leerstehende Wohnungen erheben;
- eine progressive Grundsteuer mit verstärktem Multiplikator auf Immobilien und Bauland für Wohnzwecke einführen (Steuersatz B6).

1.3. **Nicht gewinnorientierte Wohnformen fördern**, insbesondere Gruppenwohnungen und Bewohnergenossenschaften, die ein Mittel zur Vermeidung von Spekulationen sind:

- Grundstücke im Besitz der Stadt für genossenschaftliche Wohnprojekte zur Verfügung stellen (als kurzfristige Pilotprojekte, die zu Versuchszwecken und unter strengen Vorschriften auch „Tiny Houses“ umfassen können, die déi Lénk als Ausdruck eines alternativen Lebensstils und nicht als neue Art von Sozialwohnungen verstehen);
- ein Programm zur Betreuung von Personen, die sich für genossenschaftliches Wohnen interessieren, einrichten (soziale und psychologische Unterstützung, Erstellung eines Geschäftsplans usw.).

1.4. Auf kommunaler Ebene **eine Politik verfolgen, die auf eine Senkung der Immobilienpreise abzielt:**

- Förderung von Familienwohnungen mit geringerer Wohnfläche, die daher zu erschwinglicheren Preisen erhältlich sind, über die Leitpläne für neue Stadtviertel und die PAPs;
- die Verpflichtung, Parkplätze auf dem Grundstück von Gebäuden vorzusehen, aus der Bauordnung der Stadt Luxemburg streichen, da sie einen erheblichen Kostenfaktor darstellt und aus ökologischer Sicht kontraproduktiv ist.

1.5. **Den Mietwohnungsbestand fördern und diversifizieren:**

- Förderung des Baus von Wohnungen, die über die traditionelle Kleinfamilie hinausgehen und sich an junge Menschen oder Studenten (diese Wohnungen werden vom Wohnungsbauministerium mit bis zu 70 % gefördert) oder an Personen richten, die für einige Monate auf der Durchreise sind, und die insbesondere Gemeinschaftsräume (Küche, Kantine, Besprechungsräume usw.) vorsehen;
- Förderung von Wohnungen, in denen verschiedene Generationen wohnen können, indem die städtischen Dienststellen in Bezug auf die Breite der Flure, die Akustik, das Vorhandensein von Gemeinschaftsräumen und die (anpassbare!) Größe der Wohnungen entsprechend den sich im Laufe der Zeit ändernden Bedürfnissen einbezogen werden.

1.6. **Die Nutzung von ungenutztem Wohnraum anregen:**

- interessierte Bewohner darüber informieren, wie sie ungenutzten Wohnraum in ihren Wohnungen für Mietzwecke nutzen können und Projekte dieser Art bezuschussen;
- Eigentümern dabei helfen, ihre zu groß gewordenen Wohnungen umzuwidmen, indem sie eine entsprechende Kampagne starten und die städtischen Dienststellen aktiv auf Personen zugehen, die daran interessiert sind, ihre derzeitige Wohnung zu entwidmen und/oder eine kleinere Wohnung zu bekommen;
- einen Plan zur Renovierung von Altbauwohnungen aufstellen und dabei eine Vorfinanzierung durch die Stadt vorsehen.

1.7. **Die Umwandlung von Wohnungen in Büros bekämpfen:**

- eine Politik verfolgen, die den Erhalt von Wohnungen oder die Umwandlung von Büros in Wohnungen fördert;
- auf der Ebene der neuen Sonderbebauungspläne (PAPs) sicherstellen, dass für jede neue Bürofläche mindestens eine Wohnung gebaut wird.

1.8. **Das „Airbnb“-Angebot in der Stadt regulieren:**

- eine Übersicht über Airbnb- oder ähnliche Unterkünfte und die Anzahl der Airbnb- oder ähnlichen Übernachtungen erstellen;
- Gemeindebewohner an die städtebaulichen Regeln des PAG erinnern, wenn es darum geht, Teile einer Wohnung für die „gemeinsame Vermietung“ über die Plattform Airbnb o. Ä. zu nutzen, sowie an die Strafen bei Zuwiderhandlung;

- vom Eigentümer/Betreiber einer Unterkunft bei jeder „gemeinsamen Vermietung“ über die Plattform Airbnb o. ä. das Ausfüllen einer Erklärung zur Erhebung einer Kurtaxe und deren Übermittlung an die Stadt verlangen;
- auf Beschwerden von Einwohnern im Zusammenhang mit einer „gemeinsamen Vermietung“ über die Plattform Airbnb o. Ä. reagieren;
- eine Regelung umsetzen, die die Bedingungen und Grenzen der „geteilten Vermietung“ über die Plattform Airbnb oder Ähnliches festlegt, und deren Durchsetzung überwachen.

1.9. Das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen umsetzen, das 2006 von den Vereinten Nationen angenommen und 2011 von Luxemburg unterzeichnet wurde.

Das Übereinkommen erkennt das Recht von Menschen mit besonderen Bedürfnissen an, unabhängig zu leben und gleichberechtigt mit anderen Menschen an allen Aspekten des Lebens teilzuhaben. Es verpflichtet die Behörden, alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um die Ausübung dieses Rechts zu schützen und zu fördern und Diskriminierungen aufgrund einer Behinderung zu bekämpfen. Diese Maßnahmen betreffen insbesondere die Zugänglichkeit von Gebäuden, Infrastrukturen und Wohnungen sowie das Recht von Menschen mit besonderen Bedürfnissen und ihren Familien auf bestimmte begleitende soziale Dienstleistungen:

- Einrichtung einer Sonderkommission mit Experten für Wohnungsbau und Stadtplanung sowie Vertretern von Menschen mit besonderen Bedürfnissen, um ihnen den Zugang zu städtischen Wohnungen und Infrastrukturen zu gewährleisten;
- Verankerung der Zugänglichkeit von Wohnungen für Menschen mit besonderen Bedürfnissen in der Bauordnung;
- Erhöhung der Anzahl von Sozialwohnungen, die für Menschen mit besonderen Bedürfnissen geeignet sind, und Bereitstellung der erforderlichen Betreuung.

1.10. Die Schaffung von Wohnraum für bedürftige Menschen unterstützen:

- mehr betreute Wohnprojekte für junge Menschen, die nicht mehr bei ihren Eltern wohnen, fördern;
- Einrichtung ausreichender Notunterkünfte für bedürftige Personen, die Opfer von Bränden, Einsturzgefahr usw. geworden sind;
- Schaffung von Wohnraum für Frauen und Kinder, die Opfer häuslicher Gewalt geworden sind;
- eine aktive Rolle bei der Einrichtung von Unterkünften für Antragsteller und Personen mit internationalem Schutz spielen (wobei zu beachten ist, dass diese Einrichtungen vom Wohnungsbauministerium bis zu 100 % bezuschusst werden), mit Privatpersonen zusammenarbeiten, die Personen mit internationalem Schutz bei sich aufnehmen möchten, und sich im Syvicol engagieren, um Synergien mit anderen Gemeinden zu finden und auf eine ausgewogene geografische Verteilung von IPR und IPB zu achten;
- extreme Prekarität, Familientrennung und Obdachlosigkeit durch die Schaffung geeigneter Unterbringungsmöglichkeiten für Familien oder Personen, die ihre

Wohnung durch Räumung verlieren, „Housing First“-Unterkünfte und Ad-hoc-Betreuung bekämpfen. Es sei daran erinnert, dass sich Luxemburg im Rahmen der Lissabonner Erklärung zur Europäischen Plattform zur Bekämpfung der Obdachlosigkeit von 2021 verpflichtet hat, bis 2030 auf die Beendigung der Obdachlosigkeit hinzuwirken.

1.11. Die Mittel zum Schutz der Mieter vor überhöhten Mieten und Schlafhändlern präzisieren und ausbauen:

- Einwohner der Stadt über die Existenz, die Aufgaben und die Funktionsweise der Mietkommission sowie über die kürzlich von der Abgeordnetenkammer verabschiedeten Beihilfen für Mietwohnungen informieren;
- Mieter durch die Abteilung Wohnungswesen angemessen beraten;
- Mittel zur spontanen Kontrolle der Wohnbedingungen einsetzen, wie es sie für möblierte Zimmer gibt;
- den Einsatz des städtischen Sozialamts bei Wohnungsproblemen und Intensivierung der Zusammenarbeit mit der Abteilung Wohnen ausbauen;
- ein „Klima-Wohngeld“ für Mieterhöhungen nach energetischen Sanierungen vorsehen;
- die Soziale Immobilienagentur sowie andere Stiftungen und Vereine, die durch soziale Mietverwaltung bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung stellen, unterstützen;
- ein vertikales Kataster einführen.

2. Soziales: Ungleichheiten stärker bekämpfen.

Die Stadt Luxemburg, die für zahlreiche bürgernahe öffentliche Dienstleistungen zuständig ist, ist direkt mit den Auswirkungen der sozialen Krise konfrontiert. Durch die Tätigkeit ihrer Dienststellen muss die Stadt dazu beitragen, den Anstieg der Ungleichheiten einzudämmen. Dies setzt voraus, dass sie sich nicht im Rahmen einer selektiven Sozialpolitik bewegt, sondern im Rahmen einer Sozialpolitik, die darauf abzielt, die Effektivität der sozialen Rechte für die gesamte Bevölkerung zu gewährleisten. Im Allgemeinen setzt eine solche Politik eine kohärente Organisation der Tätigkeit der öffentlichen Dienste der Stadt voraus, die komplementär zueinander funktionieren müssen. In bestimmten Bereichen muss die Stadt aktivere Maßnahmen zur Bekämpfung von Ungleichheiten ergreifen. Dies gilt natürlich für den Wohnungsbau, wo die Stadt über zahlreiche Möglichkeiten verfügt, Grundstücke zu erwerben und erschwinglichen Wohnraum für alle zu schaffen (siehe Kapitel über Wohnungsbau). Das gilt auch für die kommunalen Steuern, die nach sozialen Kriterien neu festgelegt werden müssen, um sie zu einem Mittel gegen Ungleichheit und übermäßigen Konsum zu machen.

déi Lénk wollen:

2.1. Die Grundlagen des Sozialwesens stärken, insbesondere durch:

- die regelmäßige Durchführung von Sozial-Assisen mit allen Akteuren vor Ort. Sie dienen dazu, eine Bestandsaufnahme in den verschiedenen Stadtvierteln zu erstellen und eine echte Strategie für die Sozialarbeit festzulegen, die Ziele, finanzielle, personelle und materielle Mittel sowie Instrumente umfasst.
- die Stärkung der Tätigkeit des Sozialamts der Stadt;
Die Zahl der Sozialarbeiter bleibt weiterhin unter dem gesetzlich vorgeschriebenen Niveau. Der Umzug in den neuen Hauptsitz soll diesen Mangel beheben. Die Aufwertung der Arbeit des Sozialamts erfolgt auch durch eine bessere Nutzung der ihm zur Verfügung stehenden Mittel. So hat das Sozialamt seit Jahren Reserven angesammelt. Diese haben Ende 2022 die 6,4 Millionen überschritten. Diese Mittel müssen umgehend mobilisiert werden.
- die Stärkung der sozialen Arbeit der städtischen Dienststellen vor Ort.
Die Stadt lagert systematisch kommunale Dienstleistungen im sozialen Bereich aus, indem sie Vereinbarungen mit Verbänden wie der Caritas oder dem Roten Kreuz abschließt und die ehrenamtliche Arbeit subventioniert. Auch wenn die Arbeit der Verbände und die Freiwilligenarbeit natürlich zu begrüßen sind, muss diese systematische Auslagerung rückgängig gemacht werden. Um Doppelarbeit bei den vor Ort tätigen Vereinsakteuren zu vermeiden, sollte die Stadt außerdem eine koordinierende Rolle übernehmen, die es ermöglicht, die Einsätze der verschiedenen Akteure nach Stadtvierteln oder Einsatzbereichen zu verteilen.

2.2. Drogen- und Drogenmissbrauchsprobleme vorrangig über sozialpolitische Maßnahmen begegnen, insbesondere durch:

- die Einhaltung der Verfassung und des Gesetzes, was bedeutet, dass der Rückgriff auf private Wachgesellschaften zur Überwachung der öffentlichen Straßen verboten werden muss;
- die Schaffung dezentraler Strukturen auf dem Gebiet der Stadt Luxemburg, die auf die Konsumgewohnheiten von Drogenabhängigen zugeschnitten sind und so die Überfüllung des Abrigado-Zentrums und den bestehenden Druck in den Vierteln Gare und Bonnevoie verringern;
- die Schaffung von mehr betreuten Wohnungen für Drogenabhängige und Randgruppen („housing first“), um die Zahl der obdachlosen Drogenabhängigen zu verringern und ihnen die Möglichkeit zu geben, sich umzustrukturieren und zu resozialisieren, damit sie eine echte Chance haben, den Teufelskreis der Drogen verlassen zu können;
- die Einführung eines Aktionsplans zur Suchtbekämpfung („Suchtaktionsplang Stad Lëtzebuerg“), der den nationalen Drogenaktionsplan auf kommunaler Ebene umsetzt und Prävention, Hilfe für Drogenabhängige und Entzugsmöglichkeiten miteinander verbindet;
- die Unterstützung von Substitutionsprogrammen und anderen Programmen, die Drogenabhängigen den Ausstieg aus der Drogensucht ermöglichen, mit allen verfügbaren Mitteln;
- den weiteren Ausbau von Sozialdiensten, die sich um marginalisierte Menschen kümmern;
- die Durchführung von Sensibilisierungskampagnen, die sich auf die sozialen, gesundheitlichen und sicherheitstechnischen Aspekte des Drogenmissbrauchs konzentrieren, und Einrichtung eines Vermittlungs-, Aufklärungs- und Kommunikationsdienstes in den betroffenen Stadtvierteln, um das Zusammenleben in gegenseitigem Respekt zu fördern;
- die systematische Neugestaltung des öffentlichen Raums, um die tatsächliche und gefühlte Sicherheit und die Aneignung des öffentlichen Raums im Interesse der Allgemeinheit zu verbessern.

2.3. Eine Staffelung der kommunalen Gebühren und Preise, die für die Bereitstellung grundlegender öffentlicher Dienstleistungen (Wasser, Abwasser, Abfall, Strom, Gas) erhoben werden, nach sozialen und ökologischen Kriterien:

- eine nach sozialen Kriterien gestaffelte Preisgestaltung für Wasser einführen. Diese würde es ermöglichen, das Gebot der Bekämpfung des übermäßigen Verbrauchs mit dem Recht auf Wasser in Einklang zu bringen, das voraussetzt, dass jede Person für ihren persönlichen Gebrauch Anspruch auf ein kostenloses oder sehr preisgünstiges Wasserkontingent hat (z. B. 50 Liter/Tag pro Person frei). Eine solche progressive Preisgestaltung würde in keiner Weise gegen EU-Recht verstoßen, wie das Umweltministerium im April 2014 in einer Antwort auf eine parlamentarische Anfrage klarstellte. Auch laut dem Dokument „La formation du prix de l'eau potable“, das vom Observatoire de la compétitivité des Ministeriums für Wirtschaft und Außenhandel erstellt wurde, wäre eine solche Preisgestaltung „wirksamer, um den Wasserverbrauch zu mäßigen“, während „eine Preisgestaltung mit progressiven Stufen als gerechter und expliziter umverteilt“ als das derzeitige Preissystem angesehen würde.

- einen Dienst einrichten, der allen Bewohnern der Stadt Luxemburg, selbst den am stärksten gefährdeten, **den Zugang zum Internet garantiert**.

2.4. **Die Stadt zu einem wichtigen Akteur in der Beschäftigungspolitik machen.**

- Neben der Schaffung neuer Dauerarbeitsplätze durch die Erweiterung der Palette der angebotenen öffentlichen Dienstleistungen, insbesondere im sozialen Bereich, kann die Stadt auch eine Rolle bei der Eingliederung oder Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt spielen.
- So ist es wichtig, dass junge Arbeitssuchende, die mithilfe von Verträgen zur Einführung in die Beschäftigung (CEI) eingestellt werden, während der Laufzeit ihres Vertrags systematisch eine berufsbildende Ausbildung erhalten.
- Die Stadt verfügt auch über Mittel, um zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit beizutragen, indem sie dauerhafte und auf die Bedürfnisse der Menschen zugeschnittene Arbeitsplätze schafft. Die entsprechende Initiative, die im Mai 2017 von den Ministerien für Inneres und Arbeit in Zusammenarbeit mit der interkommunalen Gewerkschaft Pro-Süd gestartet wurde, könnte in dieser Hinsicht als Modell dienen.
- Die Stadt kann die Schaffung nachhaltiger Arbeitsplätze auch indirekt fördern, indem sie die Zahl der Geschäftsräume, die sich in ihrem Besitz befinden, erhöht und diese an unabhängige Geschäfte (insbesondere Social-Impact-Unternehmen) vergibt, die nach sozialen oder gesellschaftlichen Kriterien ausgewählt werden.
- Schließlich sollten die Dienststellen der Stadt zu einem wichtigen Akteur bei der Aufnahme von Freiwilligen werden, sowohl im Rahmen nationaler als auch internationaler Programme.

2.5. **Die soziale Inklusion von Menschen mit besonderen Bedürfnissen, älteren Menschen und Flüchtlingen fördern**

Die Eingliederung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen (Menschen mit eingeschränkter Mobilität, Sehbehinderte oder Blinde usw.) setzt zunächst einmal voraus, dass die Stadt und ihre Infrastrukturen für sie zugänglich sind. So müssen im Rahmen eines zu diesem Zweck verabschiedeten strategischen Plans öffentliche Gebäude, öffentliche Verkehrsmittel, Zugänge, Bürgersteige und Zebrastreifen systematisch für Menschen mit besonderen Bedürfnissen angepasst werden. In diesem Zusammenhang kann die Stadt ihr Engagement für die Inklusion von Menschen mit besonderen Bedürfnissen feierlich bekunden, indem sie sich dem internationalen Label "Flagge der Städte und Gemeinden für Alle" und den damit verbundenen Auflagen (u. a. mindestens 2 % des jährlichen Investitionsbudgets der Stadt für die Bereitstellung geeigneter Infrastrukturen zu reservieren) anschließt.

déi Lénk wollen:

- den Call-a-bus/Rollibus-Service der Stadt für Personen mit eingeschränkter Mobilität beibehalten und ausbauen, um der unbefriedigenden Funktionsweise des nationalen Adapto-Service entgegenzuwirken;
- Informationen über die Rechte der Bürger und die von der Stadt angebotenen Dienstleistungen in leichter Sprache zugänglich machen, um auch Menschen mit Lese- und Lernschwierigkeiten zu erreichen;

- sicherstellen, dass der Anteil von Menschen mit besonderen Bedürfnissen an den Beschäftigten der Stadtverwaltung den gesetzlichen Bestimmungen entspricht; die Einbeziehung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen erfordert auch eine bessere Integration in die Arbeitswelt;
- mehr generationenübergreifende Wohnprojekte durchführen, um nicht nur die Isolation älterer Menschen zu durchbrechen, sondern auch die Wohnungsnot und die finanziellen Probleme vieler junger Erwachsener zu beheben;
- zur Inklusion von Flüchtlingen beitragen, indem ihnen geeigneter Wohnraum zur Verfügung gestellt wird und sie mit Hilfe von Informations-, Partizipations- und Bildungsstrukturen betreut werden;
- Einwohnern, insbesondere Senioren, die Möglichkeit bieten, kommunale Dienstleistungen über nicht-digitale Kommunikationsmittel zu erreichen (Briefpost, Telefon, die Möglichkeit, Formalitäten in der Gemeinde oder in dezentralen kommunalen Einrichtungen wie Stadtteilbibliotheken zu erledigen).

2.6. **Bekämpfung der Einsamkeit**, insbesondere durch die Gestaltung städtischer Räume zur Förderung der Geselligkeit zwischen Bewohnern desselben Viertels und durch die Unterstützung von Initiativen für ein besseres Zusammenleben im Alltag.

(Siehe auch die Kapitel über Wohnen, Nachbarschaften, demokratische Teilhabe sowie Bildung und Kultur).

3. Energie: Die Energiewende begleiten, Energiearmut verhindern.

Um die klimatischen Herausforderungen zu meistern, sollte jeder Einwohner der Stadt das Recht auf eine gut isolierte Wohnung und auf Energie haben, die zumindest teilweise in der Stadt erzeugt wird. Ein Plan zur Isolierung des gesamten Gebäudebestands der Stadt und die damit einhergehende Energiearmut müssen durch die Weitergabe von Verbrauchsdaten einerseits und Einkommensdaten andererseits angegangen werden. Die Ziele müssen von der Gemeinde vorgegeben werden, um die Zustimmung der Bevölkerung zu erhalten, ohne die nichts möglich ist.

déi Lénk wollen:

3.1. **Eine ehrgeizige kurz-, mittel- und langfristigen Energiestrategie entwickeln** durch Festlegung von Zielen, Mitteln und Methoden zur Senkung des Energieverbrauchs und zur Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien, der Energieeffizienz und der Zusammenarbeit im Energiebereich.

Das bedeutet:

- **kurzfristig:**
 - o sicherstellen, dass die Stadt von Enovos/Encevo alle notwendigen Informationen über den Energieverbrauch auf ihrem Gebiet erhält;
Da die Strom- und Gasnetze von der DP-Déi Gréng-Mehrheit privatisiert wurden, ist es für die Stadt derzeit schwierig, diese Informationen zu erhalten, selbst wenn es um ihre eigenen Gebäude geht. Andere Daten fallen unter das Geschäftsgeheimnis. Schon allein dieser Mangel an Informationen spricht für eine Rekommunalisierung der städtischen Energienetze.
 - o ein Inventar der abbaubaren Wärmequellen und der Wärme- und Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien erstellen.
- **kurz- bis mittelfristig:** die dezentrale Erzeugung erneuerbarer Energien (Solar-, Wind-, Erdwärme-, Biomasse- und Kraft-Wärme-Kopplung) durch die Stadt und die Haushalte unterstützen und daher:
 - o bis 2025 jedes geeignete Dach der Stadt mit Sonnenkollektoren ausstatten;
 - o bei jedem Neubau - öffentlich oder privat - und bei jeder Dachrenovierung die Installation von Solarmodulen vorschreiben, wenn die Sonneneinstrahlung günstig ist;
 - o mit einkommensabhängige Subventionen dafür sorgen, dass niemand ausgegrenzt wird;.
 - o die Einwohner besser über die verschiedenen erneuerbaren Energiequellen informieren;
Das bedeutet, dass man nicht mehr darauf warten sollte, dass sie diese beantragen. Diese Information kann von der Organisation von

Informationstagen in den Stadtvierteln bis hin zu Hausbesuchen von Technikern der Stadt reichen.

- Einrichtung einer Beratungs- und Begleitungsstelle für Bürgerinitiativen im Bereich erneuerbare Energien auf Ebene der Klimaagence;
- Schulung von VDL-Mitarbeitern, um das Verfahren zu erklären, den Kontakt zu Einwohnern und Unternehmen zu suchen und alle über die Möglichkeiten zu informieren und zu sensibilisieren, die ihnen zur Verfügung stehen, um einen individuellen Beitrag zu leisten;
- Förderung der Gründung von Bürgerenergiegenossenschaften;
- Unternehmen aktiv bei der Erstellung von Energiesparplänen unterstützen;

Dies bedeutet, dass die derzeitige Praxis aufgegeben werden muss, ab dem Zeitpunkt, an dem eine Betriebsgenehmigung erteilt wurde, zu ignorieren, was dort in Bezug auf den Energieverbrauch geschieht. Die Einführung eines Energiemanagementplans in Absprache mit den Unternehmen würde dies ermöglichen.

- Systematische Nutzung von Fernwärme aus der Müllverbrennung und Biogasanlagen;
 - die mit dem Anschluss und der Nutzung der Netze verbundenen Kosten für diese Art von Erzeugern reduzieren/beseitigen (in Verbindung mit dem Eigenverbrauch);
 - Mobilisierung öffentlicher Mittel zur Finanzierung der Entwicklung erneuerbarer Energien und der Instandhaltung sowie des Ausbaus der Netze, um die Haushalte von Fixkosten zu entlasten, die ihre finanzielle Situation nicht berücksichtigen;
 - in den städtischen Wäldern die energetische Nutzung von Holz zu verringern und gleichzeitig das Alter der Buchenwälder von 150 auf 180 Jahre zu verlängern;
Die Verwendung von Holz aus den Wäldern der Stadt zur Beheizung neu installierter Pellet- und Holzspänesysteme widerspricht dem Ziel, die zukünftige Entwicklung einer Holzbranche in Luxemburg zu fördern.
 - die Möglichkeit der Installation von Mikro-Windkraftanlagen an geeigneten Standorten prüfen;
 - von Fall zu Fall prüfen, an welchen Standorten geothermische Energie gewonnen werden kann, ohne Risiken für das Grundwasser darzustellen. Derzeit ist die Nutzung geothermischer Energie auf dem Gebiet der Stadt Luxemburg nicht erlaubt. Ein solches generelles Verbot scheint nicht gerechtfertigt zu sein.
- **mittel- bis langfristig:**
- die Übertragungs- und Verteilungsnetze für Strom, Gas und Wärme rekommunalisieren;
 - eine zentrale Energieversorgung einführen in neuen und nach und nach auch in bestehenden Stadtteilen, durch ein Fernwärmenetz, das auf erneuerbaren Energiequellen (Sonne, Wind, Erdwärme, Biomasse, Kraft-

Wärme-Kopplung) beruht und von der Stadt aufgebaut und betrieben wird;

- Haushalte und Unternehmen in die Entwicklung und Umsetzung dieser Strategie einbeziehen;
D. h. Stadtteilversammlungen zu diesem Thema organisieren, den Kontakt zu den Einwohnern und Unternehmen suchen, alle über die Möglichkeiten informieren und sensibilisieren, die ihnen zur Verfügung stehen, um einen individuellen Beitrag zu leisten, sind Schlüsselemente einer solchen Beteiligungspolitik. Die Stadt muss eine aktive Politik betreiben, anstatt darauf zu warten, dass die Einwohner und Unternehmen den ersten Schritt machen!
- Anreize zum Energiesparen schaffen und gleichzeitig Energieverschwendung bestrafen, mit dem übergeordneten Ziel, den Energieverbrauch zu senken;
- die Zusammenarbeit mit anderen luxemburgischen Gemeinden im Energiebereich anstreben und einen ständigen Kontakt zu ausländischen Städten ähnlicher Größe aufbauen, die eine ehrgeizige Umweltpolitik betreiben.

3.2. **Eine deutliche Senkung der CO₂-Emissionen von Gebäuden erreichen:**

- die Haushaltsmittel für Investitionszuschüsse für die energetische Sanierung erheblich aufstocken und die Installation von Systemen zur kontrollierten mechanischen Belüftung (Wärmepumpen), die in den nationalen Zuschüssen enthalten sind, in die kommunalen Zuschüsse einbeziehen, wobei diese für die Nachbarschaft akustisch gedämmt werden müssen;
- einen Plan zur energetischen Sanierung von Wohn- und Dienstleistungsgebäuden auflegen und dabei auf die Beteiligung von Haushalten und Unternehmen setzen;
- in Partnerschaft mit der Klima-Agentur eine kommunale Informations-, Sensibilisierungs- und Beratungsstelle einrichten, mit dem Ziel, einen Plan für die energetische Sanierung von Altbauwohnungen auf dem Gemeindegebiet zu erstellen, Kontakt zu den Eigentümern und Mietern aufzunehmen, ihnen einkommensabhängige Zuschüsse anzubieten und sie während der gesamten Sanierungsarbeiten zu betreuen;
- bei diesen Vorschlägen den Schwerpunkt auf effiziente Isolierungsmaßnahmen zu legen, die für das Budget des jeweiligen Haushalts erschwinglich sind;
- auf Syvicol-Ebene die Diskussion über die Finanzierung von energetischen Sanierungsmaßnahmen zu fördern, mit dem Ziel, die Definition eines öffentlichen Akteurs anzuregen, der Vorfinanzierungen, nicht rückzahlbare Zuschüsse und rückzahlbare Kredite anbietet, die nach dem verfügbaren Einkommen und den durch die Sanierung eingesparten Energiekosten gestaffelt sind.

3.3. **Die Haushalte unterstützen, die unter Energiearmut leiden:**

- Stärkung der Mittel des Sozialamts im Energiebereich, u. a. durch eine Vereinbarung mit dem Familienministerium und dem Ministerium für nachhaltige Entwicklung;
Das Sozialamt sollte Haushalte, die von Energiearmut betroffen sind, finanziell unterstützen und diejenigen auswählen und begleiten, die eine persönliche Energieberatung durch die "Klima-Agentur" und einen Zuschuss für den Austausch von energieintensiven Haushaltsgeräten erhalten können.
- möglichst genaue Bezifferung der Anzahl der in der Gemeinde lebenden Personen und Haushalte, die Anspruch auf eine Solidaritätsbeihilfe haben;
- die Beträge der Solidaritätsbeihilfe erheblich erhöhen, damit Haushalte mit geringem Einkommen den massiven Anstieg der Energiepreise bewältigen können;
- die Einwohner der Stadt über die Modalitäten und Verfahren informieren, die sie einleiten müssen, um die Solidaritätsbeihilfe zu erhalten;
- das Sozialamt dazu aufrufen, Menschen mit geringem Einkommen, die Schwierigkeiten haben, ihre Energierechnungen zu bezahlen, konsequent zu unterstützen;
- sich vor Mitnahmeeffekten schützen, wenn die sanierten Immobilien vermietet werden sollen.
Es sollte nicht passieren, dass Vermieter auf der einen Seite Subventionen erhalten und auf der anderen Seite die Gelegenheit nutzen, um die Mieten unter dem Vorwand, dass die Wohnung besser isoliert ist, zu erhöhen, z. B. durch Aufnahme einer entsprechenden Klausel in die Vereinbarungen.

3.4. **Nutzung des PAG, um Fortschritte in den Bereichen Energieeffizienz zu erzielen:**

- den Bauträgern eine optimale Südausrichtung, eine kompakte Bauweise der Wohnungen und eine zentrale Energieversorgung durch ein Fernwärmenetz vorschreiben;
- Energiesparmaßnahmen und die Nutzung erneuerbarer Energiequellen im Rahmen des Commodo-Incommodo-Verfahrens durchsetzen;
- Anreize für Unternehmen zur Zusammenarbeit bei der Energieeffizienz und -rückgewinnung durch die Modulation von Steuern und Abgaben schaffen;
- mit Unternehmen zusammenarbeiten, um mehr Arbeitnehmern die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel und sanfter Mobilität zu ermöglichen ;
- die Verpflichtung von Unternehmen, Parkplätze in Abhängigkeit von der genutzten Bürofläche anzubieten, aus der Bauordnung streichen.

4. Umwelt: Biodiversität erhalten, Umweltverschmutzung reduzieren.

*Die Gemeinde ist in erster Linie für die Qualität der Umwelt verantwortlich, in der ihre Einwohner*innen leben. Darüber hinaus ist sie verpflichtet, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um ihre Einwohner vor den extremen Klimaschwankungen zu schützen, die in den kommenden Jahren und Jahrzehnten zu erwarten sind. In den Bereichen Wasser und Zugang zu Wasser, Straßen-, Flughafen- und Schienenverkehr, die die Gesundheit der Bevölkerung stark und messbar beeinträchtigen, sowie Schutz des natürlichen Erbes der Stadt, das durch eine unkontrollierte Urbanisierung bedroht ist, schlagen déi Lénk daher eine proaktive und interventionistische Politik vor.*

dei Lénk wollen:

4.1. Eine Aufnahme aller wertvollen Naturräume innerhalb der Stadt veröffentlichen.

Das extreme Wachstum, das der aktuelle allgemeine Bebauungsplan (PAG) steuern möchte, stellt eine ernsthafte Bedrohung für die verbleibenden Naturräume in der Stadt dar. Die Diskussion um das „Schoettermarial“ (in der Nähe des Siechengrunds/Val des Bons Malades) ist in dieser Hinsicht symptomatisch. Der neue PAG muss als Planungsinstrument dienen, das eine aktive Umweltpolitik ermöglicht, und nicht als Mittel zur passiven Verwaltung eines Wachstums, das man bereit sein sollte, mit offenen Armen zu empfangen. Bei jeder Entscheidung, die getroffen wird, muss die Erhaltung der Natur das oberste Ziel sein. Das Schoettermarial muss frei von jeglicher Bebauung bleiben!

4.2. Den Verlust an Biodiversität stoppen, der durch ein System verursacht wird, das die Zerstörung der Natur durch illusorische Kompensationen rechtfertigt.

dei Lénk lehnen die derzeit praktizierten Kompensationen ab, weil es genügt, eine bestimmte Geldsumme zu zahlen, um zerstören zu können. Die durchgeführten Kompensationen sind von den Grundstückspreisen abhängig, was zu einer Abwanderung der Biodiversität in abgelegene und billigere Regionen führt, da das System immer die billigste Kompensation bevorzugt. Wir wollen stattdessen:

- eine umfassende obligatorische Ökobilanz für jedes Industrie- oder Erschließungsprojekt einführen, die die Folgen für den ökologischen Fußabdruck und die Auswirkungen auf die Gesundheit umfasst;
- das Ausgleichssystem reformieren, um sicherzustellen, dass jede unausweichliche Zerstörung der biologischen Vielfalt durch Maßnahmen zur Wiederherstellung oder Schaffung von Lebensräumen oder Arten in der Region, in der die Zerstörung stattgefunden hat, ausgeglichen wird, und indem sichergestellt wird, dass es den geschaffenen oder wiederhergestellten Lebensräumen gut geht;
- das Vorkaufsrecht der Stadt auf ökologisch wertvollem Land mit dem Ziel des Naturschutzes anwenden.

4.3. **Die städtischen Wälder schützen.**

Wälder spielen eine wesentliche Rolle für die gesamte Umwelt, da sie unter anderem an der Reinigung von Luft und Wasser, der Speicherung von CO₂, der Erhaltung von Biotopen und dem Schutz vor Naturgefahren beteiligt sind. Wir wollen daher:

- die ökologische Waldbewirtschaftung ausbauen und so weit wie möglich auf natürliche Regeneration setzen, um die Widerstandsfähigkeit gegen die Klimaerwärmung zu fördern und die Rolle der Wälder bei der Erhaltung von Biotopen zu stärken;
- die Förderung der Entwicklung von diversifizierten Wäldern mit mehreren Baumarten und Bäumen unterschiedlichen Alters, um Nadelbäume zu ersetzen);
- die Entwicklung der Holzwirtschaft zur Förderung des Bauens mit Holz (Sägen, Tischlerei, Dämmstoffe...) bei gleichzeitiger Sicherung der Gesundheit der Wälder für künftige Generationen.

4.4. **Sicherung der Qualität des Trinkwassers und Gewährleistung der zukünftigen Versorgung.**

Trinkwasser ist unsere wertvollste natürliche Ressource. Heute stammen 64% der Wasserversorgung der Hauptstadt aus Quellen, die sich im Besitz der Stadt befinden. Daher gilt Folgendes:

- unter keinen Umständen darf die Trinkwasserversorgung privatisiert werden;
Erfahrungen mit der Privatisierung der Wasserversorgung im Ausland haben gezeigt, dass private Unternehmen nicht in der Lage sind, eine angemessene Wartung der Wasserleitungen zu gewährleisten. Die Beibehaltung der Wasserversorgung in städtischer Hand ist auch die einzige Möglichkeit, einen sozialen Wasserpreis zu gewährleisten. Wasser ist das wichtigste Gut und muss geschützt und nicht auf das Niveau einer Ware degradiert werden!
- um Trinkwasser zu sparen, muss Regenwasser verstärkt gesammelt und überall dort verwendet werden, wo es nicht unbedingt Trinkwasser sein muss (z. B. für die Toilettenspülung, die Waschmaschine, den Garten usw.);
In neuen Gebäuden sollte die Nutzung von Regenwasser zur Pflicht gemacht werden. Die Installation von Hilfsmitteln zur Senkung des Wasserverbrauchs sollte gefördert werden.
- der Preis für Wasser sollte gestaffelt werden:
der tägliche Grundverbrauch sollte kostenlos sein, während ein übermäßiger Verbrauch durch eine schrittweise steigende Preisgestaltung abgeschreckt werden sollte. Auf diese Weise werden sparsame Haushalte entlastet, während andere zur Kasse gebeten werden;
- das Für und Wider der Installation von kollektiven Weichspülern in Stadtteilen, in denen die Wasserhärte einen bestimmten Grad überschreitet, sollte untersucht werden;
- das Einsickern von Wasser durch Entsiegelung von Flächen, Wiederherstellung und Erhaltung von Feuchtgebieten und Anpflanzung von Hecken und Bäumen muss gefördert werden;

- das Grundwasser muss durch eine konsequente Kontrolle der Schutzstandards in Schutzgebieten und auf Flächen, die der Stadt gehören und für die landwirtschaftliche Nutzung verpachtet werden, geschützt werden.

4.5. **Die Qualität der städtischen Wasserläufe verbessern.**

- durch ein Verbot der Verwendung von Pestiziden und Einwegplastik;
- durch die Einführung wirksamer ökologischer Maßnahmen auf dem Stadtgebiet, insbesondere in Schutzgebieten;
- indem Renaturierungen durchgeführt und in den Wasserläufen auf die Durchgängigkeit für Fische geachtet wird;
- durch die Schaffung von Grünstreifen entlang von Wasserläufen;
- durch die tatsächliche Anwendung des neu geschaffenen Vorkaufsrecht der öffentlichen Hand für Grundstücke in Schutzgebieten.

4.6. **Die Luftqualität verbessern.**

Die von der Stadt installierte Messstation für die Luftqualität verzeichnet stellenweise immer noch hohe NO₂-Werte, die über den von der Europäischen Union vorgesehenen Grenzwerten liegen. Es besteht ein starker Zusammenhang mit der Umweltverschmutzung durch Kraftfahrzeuge, weshalb diese reduziert werden muss. Das Angebot leistungsfähiger und kostenloser öffentlicher Verkehrsmittel, die Zusammenarbeit der Stadt mit Unternehmen, damit diese ihre Angestellten dazu bringen, Zug, Straßenbahn und Bus zu benutzen - anstatt ihnen einen Parkplatz anzubieten - und eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h in allen Stadtvierteln, die durch ein Netz sicherer Fahrradwege verbunden sind, sind nur einige der Maßnahmen, die déi Lénk in diesem Sinne vorschlagen. Um die Öffentlichkeit für die Verringerung der Luftverschmutzung zu sensibilisieren, sollten an strategischen Orten wie dem Bahnhofplatz Tafeln aufgestellt werden, die jederzeit den Grad der Verschmutzung anzeigen.

4.7. **Die schnelle Sanierung des Geländes der ehemaligen CASA (Continental Alloys) in Dommeldingen durchsetzen.**

Der ArcelorMittal-Konzern, der Eigentümer dieser ehemaligen Brachfläche ist, die seit Jahren frei von jeglicher industrieller Aktivität ist, muss auf der Grundlage des Verursacherprinzips die volle Verantwortung übernehmen. Das Gesetz muss durchgesetzt werden! In dieser Eigenschaft muss die Stadt:

- sich beim Umweltministerium und beim derzeitigen Eigentümer der ehemaligen Deponie CASA und des ehemaligen Fabrikgeländes für eine Sanierung der Deponie, für die Ergebnisse der Bohrungen auf dem ehemaligen Fabrikgelände und für die Sanierung dieses Geländes einsetzen;
- in Zusammenarbeit mit dem Umweltministerium die Sedimente des künftigen Neuen Stadtviertels „Stellwiss“ im Hinblick auf die Erstellung eines Sonderbebauungsplans (PAP) analysieren zu lassen.

4.8. **Eine Politik der Abfallvermeidung betreiben, die die tatsächlichen Verantwortlichkeiten und die soziale Situation der Steuerzahler berücksichtigt.**

Die Abfallwirtschaft ist eine grundlegende Frage für die Entwicklung unserer Gesellschaften hin zu einer ökologischen und sozialen Zukunft. Der Kapitalismus, den die Parteien der liberalen Mitte retten wollen, verlangt immer mehr Ressourcen. Wir müssen die letzten natürlichen Ressourcen zum Nutzen der kommenden Generationen bewahren. Um trotz allem weiterhin von den Produkten profitieren zu können, die uns das Leben erleichtern, müssen wir unsere Abfälle verwerten. In unserer Gemeinde können wir konkret handeln, den Verbrauch von Primärressourcen auf das Nötigste reduzieren und gefährliche Produkte, die die Natur verschmutzen, verbieten.

Der Markt muss reguliert werden, um die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen und die Produktion dazu zu bringen, sich an die ökologischen Anforderungen anzupassen.

Daher plädieren wir dafür, dass die größten Unternehmen in öffentlicher Hand bleiben, dass die Bürger in ihre Arbeit einbezogen werden, dass ihre Ziele geplant und kontrolliert werden, dass die Gesetze des Marktes auf reservierte Bereiche reduziert werden, in denen es Sinn macht, und dass die Preise nach ökologischen Zielen reguliert werden. Die Wirtschaft muss endlich zirkulär werden und das Leben der Reichen muss auf die ökologische Genügsamkeit zurückgeführt werden, die alle anderen leben.

Dieser ökologische Übergang wird neue Aktivitäten schaffen. Studien (z. B. des Observatoire régional des déchets d'Île-de-France) zeigen, dass für das Recycling zehnmal so viele Arbeitsplätze benötigt werden wie für die Verbrennung. Die Stadt muss dafür sorgen, dass diese Arbeitsplätze von guter Qualität sind und angemessen entlohnt werden.

Nachdem ich die von mehreren Gemeinden durchgeführte Umstellung untersucht habe, führt sie nicht zu neuen Ausgaben, sondern im Gegenteil, die Rechnung wird geringer ausfallen.

Es ist zu betonen:

- dass die Stadt derzeit nicht über die notwendigen Daten verfügt, um die Abfallwirtschaft besser planen zu können;
- dass das Recycling weiter ausgebaut werden muss und vor allem das Ziel „Null Abfall“ („Zero Waste“) angestrebt werden muss;
- dass der soziale Aspekt bei den zu ergreifenden Maßnahmen eine sehr wichtige Rolle spielt, sowohl bei den Gebühren als auch bei den Bedingungen für die Mülltrennung;
- dass das Verursacherprinzip angewendet werden muss, dass aber in erster Linie die Abfallerzeuger und nicht die Verbraucher zur Verantwortung gezogen werden sollten.

Daher ist Folgendes nötig:

- verstärkte Anstrengungen unternehmen, um die notwendigen Daten zum Abfallaufkommen in den Städten, insbesondere von Unternehmen, zu erhalten und so die Prognosen zu verbessern;

- mehrere Recyclingzentren in der Stadt einrichten und sie gleichzeitig zu Ressourcenzentren ausbauen, die jeweils ein Zentrum für Rückgewinnung, Verwertung, Wiederverkauf und Umwelterziehung umfassen;
- mit den Geschäften in der Stadt zusammenarbeiten, insbesondere mit Second-Hand-Läden und Geschäften, die Verpackungen vermeiden;
- Initiativen zur Kreislaufwirtschaft und entsprechende Bildungsprogramme in städtischen Schulen und Schulfoyers initiieren und unterstützen;
- die Abfallbesteuerung überprüfen, die wie eine indirekte Steuer wirkt, die vor allem Haushalte mit niedrigem Einkommen trifft und Reiche nur wenig belastet:
 - o Der Biobehälter sollte wieder kostenlos sein, wie es vor 2017 der Fall war, wodurch die Mülltrennung für die Kompostierung belohnt wird,
 - o die Besteuerung des schwarzen Behälters ab einem Volumen von 60 Litern sollte von der Anzahl der Personen im Haushalt abhängen,
 - o die Besteuerung des schwarzen Behälters muss zwischen Haushalten, die in einer Wohnung leben, in der die Wartung eines Biobehälters problematisch ist, und Haushalten mit einem Haus mit Garten unterscheiden;
- die kommunale Gewerbesteuer (CCI) und die Grundsteuer erhöhen, um zur Finanzierung der Müllabfuhr beizutragen. Die Logik dahinter ist folgende:
 - o beide Steuern sind direkte Steuern, die vom Einkommen bzw. vom Vermögen abhängen,
 - o die KKI gilt für Unternehmen, die die eigentlichen Verursacher des Abfalls sind,
 - o die Grundsteuer (von der Besitzer einer ersten Wohnung und eines kleinen Grundstücks befreit werden sollten) wird von denjenigen gezahlt, die mehrere Wohnungen und viel Grundbesitz haben;
- Leistungsindikatoren für die Reduzierung des gesamten Abfalls (wiederverwertbar, nicht wiederverwertbar, Lebensmittel) für die eigenen Aktivitäten der Gemeinde und alle anderen Aktivitäten auf ihrem Gebiet einführen;
- alle Einkäufe und alle Subventionen und Beihilfen der Gemeinde an Kriterien der nachhaltigen Entwicklung binden;
- Mitarbeiter und Bürger in diese Politik einbeziehen, um die Wirksamkeit zu erhöhen, und Bürger ausbilden, damit sie als Multiplikatoren fungieren können;
- Lebensmittelverschwendung bekämpfen, indem in den Schulfoyers die Speisepläne an die Bedürfnisse der Kinder angepasst werden, Foodsharing unterstützen, das Bewusstsein für Lebensmittelverschwendung schärfen und die Kosten dafür erhöhen;
- Schulen und Schulfoyers mit dem Gesundheitsamt vernetzen, um gemeinsam Systeme zu entwickeln, die Bedürfnisse befriedigen, aber die Verschwendung neuer Ressourcen verhindern;
- Unternehmen, die sich an das „Zero Waste“-Prinzip halten, echte Vorteile gewähren, z. B. durch den erleichterten Zugang zu Räumlichkeiten und

Lagerflächen und durch die Nennung dieser Unternehmen als Beispiele in den Kommunikationskampagnen zum Thema Abfallvermeidung.

4.9. **Die Quellen der Lärmbelästigung aktiv bekämpfen.**

Die Lärmbelästigung, insbesondere durch den Flughafen, ist ein ständiges Problem, das aufgrund der Trägheit der Regierung immer größer wird. Die Lösung kann nicht darin bestehen, die Anwohner dazu zu bringen, ihre Häuser - meist auf eigene Kosten - zu isolieren, sondern die Quellen des Lärms zu bekämpfen.

Dies bedeutet:

- dass aktuelle und kumulative Lärmkarten (Flughafen, Straßen, Eisenbahnlinien) veröffentlicht werden;
- dass die Regierung und die Verantwortlichen von Luxairport zuverlässige aktuelle Daten und eine Strategie für die Entwicklung des Flughafens vorlegen;
- dass Nachtflüge am Flughafen Luxemburg verboten werden, wie es am Flughafen Zürich der Fall ist, oder zumindest auf ein Minimum reduziert werden, wie es am Flughafen Frankfurt der Fall ist;
- dass eine Studie über die Belästigung der exponierten Bevölkerung durchgeführt wird, z. B. bei einer einzelnen Exposition gegenüber Flughafenbelastungen oder bei Mehrfachbelastungen, und dass die Ergebnisse der Studie veröffentlicht und den Einwohnern mitgeteilt werden;
- dass generell die von der Weltgesundheitsorganisation empfohlenen Toleranzgrenzen in Dezibel im Gesetz verankert werden und dass die Verantwortlichen verpflichtet werden, Lärmschutzmaßnahmen zu ergreifen, wenn diese Grenzen regelmäßig überschritten werden;
- dass die Stadt in ihrer Bauordnung Schalldämmungsgrade verankert, die je nach Standort des Gebäudes variieren.

Ein weiterer wichtiger Lärmfaktor ist die Lärmbelästigung durch Straßencafés, insbesondere im Stadtteil Clausen. Hier muss das Gesetz in jeder Hinsicht durchgesetzt werden, mit dem klaren Ziel, die Nachbarn zu schützen und ihr Recht auf Nachtruhe zu gewährleisten.

4.10. **Die Lichtverschmutzung reduzieren.**

Aus Gründen der Sicherheit und des Verkehrs unter guten Bedingungen ist eine ausreichende Beleuchtung der öffentlichen Räume notwendig. Über diese Bedürfnisse hinaus muss die Lichtverschmutzung reduziert werden. Übermäßige Beleuchtung hat nachweislich oder mutmaßlich negative Auswirkungen auf die Tier- und Pflanzenwelt, die Ökosysteme sowie die menschliche Gesundheit. Außerdem ist sie eine Energieverschwendung und verhindert die Beobachtung des Himmels.

Um die Lichtverschmutzung zu bekämpfen, will déi Léng unter anderem vorschreiben, dass die kommerzielle Beleuchtung von geschlossenen Geschäften nach 22 Uhr im gesamten Gemeindegebiet ausgeschaltet wird.

4.11. **Den allgemeinen Bebauungsplan (PAG) und die Sonderbebauungspläne (PAPs), über die abgestimmt wurde oder noch abgestimmt wird, auf ein erhöhtes**

Hochwasserrisiko überprüfen und ggf. besondere Bauauflagen im Hinblick auf den Klimawandel vorschreiben.

4.12. Eine systematische Bewertung der Energie-, CO₂- und Biodiversitätsauswirkungen des öffentlichen Auftragswesens der Stadt einführen.

4.13. Die Stadt an die Auswirkungen der Klimakrise anpassen.

Der IPCC-Bericht AR6 warnt uns, dass Europa mit einer erhöhten Sterblichkeit aufgrund von Hitzewellen sowie mit neuen Epidemien aufgrund steigender Temperaturen konfrontiert sein wird.

Wir schlagen daher vor:

- den Zugang zur Natur bei allen neuen Stadtentwicklungsprojekten zu gewährleisten (Parks, Begrünung von Straßen und Plätzen);
- einen Plan zur Begrünung bestehender Straßen zu entwickeln;
- durch ein System von Zuschüssen Anreize für die Bewohner zu schaffen, ihre Straßen selbst zu begrünen;
- Gärten in den Stadtvierteln anzulegen;
- Flächen zu identifizieren, die in städtische Wälder umgewandelt werden können;
- den Einsatz von regionalen Obstbäumen im Pflanzenmix zu fördern;
- einen Plan zur Entbetonierung von Schulhöfen zu starten, indem Beton durch Trittschall, Rasen, Bäume und Gemüseärten ersetzt wird, die auch für pädagogische Zwecke genutzt werden können;
- die Dächer zu begrünen;
- kollektive Kühlungsmöglichkeiten zu schaffen, um den individuellen Kauf von Klimaanlage zu vermeiden, die das Phänomen der Wärmesenke verschärfen;
- Viertel für Viertel Schulungen zur Selbstversorgung mit Lebensmitteln und zur gesundheitlichen Selbstverteidigung zu organisieren;
- einen öffentlichen Transport zu den nahe gelegenen Wäldern zu gewährleisten.

5. Mobilität: Weniger Autos, mehr sanfte Mobilität.

Jede Gemeinde muss in der Lage sein, den Menschen, die dort wohnen, arbeiten oder hinfahren, die Mobilität zu garantieren, die sie benötigen, und gleichzeitig die negativen Auswirkungen eines chaotischen Verkehrs zu vermeiden.

*Seit Jahren hat das Privatauto immer mehr Platz eingenommen. Resultat: das Verkehrsnetz ist verstopft, Fußgänger*innen und Fahrradfahrer*innen leben gefährlich, sogar die öffentlichen Verkehrsmittel – einschließlich der Straßenbahn, die an einigen Kreuzungen keine strikte Vorfahrt hat – kommen teils nur stockend voran. Das Bürgermeister- und Schöffenkollegium und seine derzeitige Mehrheit folgen dieser Linie: Ausbau der Parkplätze im Stadtzentrum, kostenlose Parkvignetten pro Person und nicht mehr pro Haushalt, Ausbau des viel zu langsamen und schlecht konzipierten Radwegenetzes usw. Die Stadtverwaltung hat in den letzten Jahren eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um das Verkehrsaufkommen zu reduzieren.*

Sämtliche Experimente und Studien in Städten vergleichbarer Größe zeigen, dass es möglich ist, sich auch ohne eigenes Auto fortzubewegen, insbesondere :

- auf dem Weg zur Arbeit oder zur Schule, vor allem durch die Einrichtung von Schulbussen, Pedibussen, sicheren Fahrradwegen, effizienten, häufigen und unpünktlichen öffentlichen Verkehrsmitteln;*
- auf Arbeitswegen innerhalb der Stadt;*
- auf Freizeitwegen (Sport, Kultur usw.);*
- auf Fahrten von außerhalb der Stadt eine Reihe von Park-and-Ride-Angeboten, mit denen der Autoverkehr an den Stadtgrenzen abgefangen werden kann.*

In diesen Städten, innerhalb derer Autofahrten weitgehend benachteiligt sind, wird die Nutzung des Autos auf ein Minimum beschränkt: Personen mit besonderen Bedürfnissen, insbesondere mit eingeschränkter Mobilität, Fahrgemeinschaften, Carsharing (d. h. die Nutzung des Autos auf Kurzzeitmiete, wie es das Flex-System in Luxemburg anbietet), gelegentliche oder wöchentliche Großeinkäufe usw. Die meisten Städte sind jedoch auf die Nutzung des Autos beschränkt.

Angesichts des erwarteten Bevölkerungswachstums zwischen 2020 und 2035, gemäß den Szenarien des kommunalen Mobilitätsplans („Mobilitéitsplang“), schlagen wir vor, in den nächsten 6 Jahren und darüber hinaus einen Tugendkreis der nachhaltigen Mobilität einzuführen:

- weniger Autos;*
- mehr Fortbewegung zu Fuß, mit dem Fahrrad und mit öffentlichen Verkehrsmitteln (sanfte Mobilität);*
- Sanfte Mobilität, die angenehmer, sicherer und schneller ist als heute.*

Das Ergebnis: Das Auto wird unattraktiver, weniger Menschen werden es benutzen, und die sanfte Mobilität wird noch attraktiver...

Diese Philosophie wird auch für die Lieferung und den Transport von Waren gelten müssen.

Angesichts der Klima- und Energiekrise, der Probleme der öffentlichen Gesundheit und des Wohlstands müssen Entscheidungen umso radikaler ausfallen, je später sie getroffen werden. Die politische Trägheit der derzeitigen Mehrheit, die sich weigert, Entscheidungen zu treffen, könnte uns sehr teuer zu stehen kommen!

Da der Raum in der Stadt Luxemburg begrenzt ist, gibt es keinen Platz für ein unbegrenztes Nebeneinander von PKWs, Lieferwagen, Bussen, Fahrrädern und Fußgängern. Daher ist es unerlässlich, Prioritäten zu setzen! Dies ist umso dringender, als das Ungleichgewicht zwischen Arbeitsplätzen und Wohnungen in der Region immer größer wird, was die Zahl der Pendler weiter erhöht. Die Straßenbahn stellt sicherlich einen schönen Fortschritt dar. Aber sie wird die Mobilitätsprobleme nicht beenden. Mit den 50.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen, die zwischen 2020 und 2035 im Rahmen des neuen kommunalen Mobilitätsplans geplant sind, besteht die Gefahr, dass die positive Wirkung der Straßenbahn, die zu Spitzenzeiten bereits überlastet ist, neutralisiert wird. Unter diesen Bedingungen ist déi Lénk der Ansicht, dass eine konsequente Politik betrieben werden muss, die systematisch den öffentlichen Verkehr und die sanfte Mobilität fördert, den übermäßigen Raum, der bisher dem Auto zugestanden wurde, reduziert und die Anzahl der Wohnungen in der Stadt im Verhältnis zur Anzahl der Arbeitsplätze erhöht, was die Anzahl der Pendler entsprechend reduziert und Luxemburg-Stadt in den Tugendkreis der nachhaltigen Mobilität einbindet.

déi Lénk wollen:

5.1. Den konsequenten Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, dessen Nutzung aus praktischer und wirtschaftlicher Sicht attraktiver werden muss als die des Privatautos.

Bei einem Bevölkerungswachstum von 46 Prozent (von 123.000 auf 180.000 Einwohner) und einem Beschäftigungswachstum von 30 Prozent (von 168.000 auf 218.000) zwischen 2020 und 2035, wie im Szenario des kommunalen Mobilitätsplans („Mobilitéitsplang“) angenommen, würde die Zahl der täglichen Fahrten von 857.000 im Jahr 2020 auf 1.144.000 im Jahr 2035 steigen. Unter diesen Bedingungen und unter Berücksichtigung der bereits getroffenen Entscheidungen in Bezug auf Straßenachsen, P&R, den Ausbau der Twram-Linien und den regionalen Ausbau der Eisenbahnen würde der motorisierte Individualverkehr auf dem Stadtgebiet um weitere 22 % zunehmen. Dies wäre angesichts des bestehenden Straßennetzes auf dem Stadtgebiet, das de facto nicht mehr erweiterbar ist, nicht mehr zu bewältigen. Wenn man also die motorisierten Fahrten mit dem Privatwagen auf dem derzeitigen Niveau von etwa 514.000 pro Tag in Luxemburg-Stadt halten will, ergibt sich daraus die Notwendigkeit, die Leistungen des öffentlichen Verkehrs um weitere 10 % zu steigern und den Rad- und Fußgängerverkehr bis 2035 deutlich zu erhöhen.

Das Gewicht des gesamten öffentlichen Verkehrs und des Rad- und Fußgängerverkehrs auf dem Stadtgebiet, das 2020 bei 40 % lag, muss sich bis 2035 auf 55 % entwickeln und umgekehrt muss das Gewicht des motorisierten Individualverkehrs von 60 % auf 45 % sinken. In diesem Szenario liegt das größte Entwicklungspotenzial beim Radverkehr, der von 5 auf 13 % steigen soll.

Um dieses ehrgeizige Ziel zu erreichen, muss der öffentliche Nahverkehr vier Anforderungen erfüllen: Qualität, Zugänglichkeit, Schnelligkeit und Regelmäßigkeit. Die damit verbundenen erheblichen Investitionen werden zum Teil durch die geringeren Ausgaben für die Eröffnung neuer Straßen, die Instandhaltung bestehender Straßen und den Bau neuer Parkplätze, die Rückeroberung des öffentlichen Raums und eine in jeder Hinsicht höhere Lebensqualität ausgeglichen werden.

Dies setzt Folgendes voraus:

- die rasche Schaffung neuer Tramlinien, die das Rückgrat des öffentlichen Verkehrs in der Hauptstadt bilden, und der Bau der peripheren Bahnhöfe Howald, Hollerich und Cessange. Diese neuen Einrichtungen sowie die Ausweitung des Straßenbahnnetzes über das Stadtgebiet hinaus sollen auch dazu beitragen, den übermäßigen Raum, der bislang dem Auto vorbehalten war, zu reduzieren. Die systematische Priorisierung der Straßenbahnen gegenüber dem Auto muss sichergestellt werden, um die Fahrgeschwindigkeit der Straßenbahnen zu erhöhen.
- die weitere Verbesserung des Serviceniveaus von Straßenbahnen und Bussen. Die Straßenbahn muss Teil eines Gesamtkonzepts für den öffentlichen Nahverkehr sein. Auf keinen Fall darf die Straßenbahn zu einer Verschlechterung der Qualität des öffentlichen Nahverkehrs für die Bewohner der verschiedenen Stadtteile führen. Die durch die Straßenbahn frei werdenden Kapazitäten der Stadtbusse sollten genutzt werden, um direkte Verbindungen zwischen den Stadtteilen herzustellen. Die Bewohner müssen in den Prozess der Neugestaltung des Busnetzes einbezogen werden, damit ihre Bedürfnisse tatsächlich berücksichtigt werden. Die Anzahl der Busspuren sollte erhöht werden, die Priorität an Ampelkreuzungen sollte systematischer sein und die Frequenz der verschiedenen Linien sollte in Spitzenzeiten nicht weniger als 10 Minuten betragen.

5.2. **Menschen mit besonderen Bedürfnissen ermöglichen, sich ungehindert zu bewegen und Zugang zu allen öffentlich zugänglichen Orten, öffentlichen Straßen und kollektiven Wohngebäuden zu erhalten**, wie es das Gesetz vom 7. Januar 2022 vorschreibt. Ein Beratungsausschuss, dem Betroffene und Gemeindeverantwortliche angehören, muss eingerichtet werden, um sich dieser Anforderung zu widmen und die eingesetzten Mittel ständig zu überwachen und zu sichern.

5.3. **Tempo 30 als Standardhöchstgeschwindigkeit auf dem gesamten Stadtgebiet einführen.**

- Dieser Vorschlag, der in Absprache mit dem Ministerium für Mobilität und öffentliche Arbeiten umgesetzt werden soll, gilt für alle Straßen im Stadtgebiet mit Ausnahme einer begrenzten Anzahl von Hauptverkehrsstraßen, die außerhalb des Stadtgebiets liegen und breit genug sind, um eine klare Trennung zwischen allen Verkehrsteilnehmern zu gewährleisten (z. B. Avenue Kennedy, Boulevard de Kiyv). Auf Achsen, auf denen heute 70 km/h erlaubt sind, wird die zulässige Höchstgeschwindigkeit auf 50 km/h gesenkt.
- Dies schließt natürlich nicht aus, dass in Wohngebieten, wie z. B. in der rue du Verger in Bonnevoie (mit abwechselndem Parken und ohne abgegrenzten Bürgersteig), Beschränkungen auf 20 km/h eingeführt werden.

5.4. **Radfahrern und Fußgängern Vorrang vor dem Individualverkehr geben:**

- Fußgängern einen ruhigen, sicheren und vorrangigen Verkehr gegenüber anderen Verkehrsteilnehmern ermöglichen;

- die Anzahl der Fußgängerüberwege erhöhen, insbesondere an jeder Straßenkreuzung, und sie nach den Regeln der Straßenverkehrsordnung sichern;
- die Einstellung der Ampeln ändern, um Fußgängern und Radfahrern mehr Zeit zum Überqueren der Straße zu geben und die Wartezeiten zu verkürzen;
- konsequenter eine gesonderte Beschilderung für Radfahrer einführen, die es ihnen ermöglicht, den Autos einen Schritt voraus zu sein, ohne die Fußgänger zu behindern;
- ein eigenständiges und sicheres System von Fahrradwegen aufbauen, das die verschiedenen Stadtteile miteinander verbindet, ohne den Platz und die Sicherheit von Fußgängern negativ zu beeinflussen;
- den Boulevard Royal auf seiner gesamten Länge mit einem geschützten Zweirichtungsradsradweg ausstatten;
- den Boulevard Roosevelt und die gesamte rue Notre-Dame mit den angrenzenden Straßen in eine Begegnungszone umwandeln;
- Verbindung von topografisch getrennten Stadtteilen durch Fußgängerbrücken oder andere Bauwerke für Fußgänger und Radfahrer, sofern diese Bauwerke die Bewohner anderer Stadtteile nicht übermäßig beeinträchtigen und die Umwelt nicht schädigen;
- sowohl an stark frequentierten Orten als auch in Wohnvierteln müssen sichere Abstellmöglichkeiten für Fahrräder vorhanden sein (Unterstände, Keller und Fahrradboxen). Bei jeder Neugestaltung einer Quartierstraße sollten solche Einrichtungen systematisch integriert werden, auch wenn dies auf Kosten des für das Abstellen von Autos reservierten Raums geht;
- Radschnellwege in Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden einrichten;
- Anreize für Unternehmen in der Stadt schaffen, damit ihre Angestellten mit dem Fahrrad zur Arbeit fahren können (eigene Parkplätze, Umkleidekabinen und Duschen usw.);
- die Zahl der Begegnungszonen für Fußgänger, Fahrräder und Autos erhöhen und auf bestimmten Achsen einen systematischen Vorrang für Fahrräder vor Autos einführen;
- in Stadtvierteln benutzerfreundliche öffentliche Räume zur Entwicklung des Gemeinschaftslebens schaffen, indem bestimmte nicht unbedingt notwendige Straßen von Autos befreit werden und bestimmte Straßen an Wochenenden für den Verkehr von Nicht-Anwohnern gesperrt werden.

5.5. **Die Zahl der Autos in der Stadt verringern:**

- die Hauptverkehrsachsen so umgestalten, dass der Platz für Privatautos reduziert und der für andere Verkehrsteilnehmer erhöht wird, ähnlich wie es das Stadtplanungs- und Architekturbüro Gehl in Kirchberg vorgeschlagen hat;
- wieder eine einzige kostenlose Parkvignette pro Haushalt verteilen und ihre Gültigkeit auf das Wohnviertel beschränken;
- den Bau und die Erweiterung von öffentlichen Tiefgaragen im Stadtzentrum (Oberstadt und Bahnhof) stoppen ;

- die Anzahl der verfügbaren Parkplätze in bestehenden Tiefgaragen reduzieren, indem sie denjenigen vorbehalten werden, die sie wirklich benötigen (Menschen mit besonderen Bedürfnissen, Nachtarbeiter, Carsharing-Dienste usw.), oder sogar zugunsten anderer Fahrzeugkategorien (Fahrräder, Lastenfahräder usw.) und Aktivitäten (städtische Farmen, Serverfarmen usw.) abgeschafft werden;
- langfristig einige Parkhäuser schließen (z. B. rue du Fort Neipperg, rue Glesener), um dort öffentliche Wohnungen zu bauen;
- die Anzahl der vorgesehenen Parkplätze bei neuen Bauprojekten für Wohnhäuser erheblich reduzieren, vor allem in dicht besiedelten Stadtvierteln;
- in Stadtvierteln keine Parkplätze mehr in Schräg- und Senkrechtaufstellung, sondern nur noch in Längsaufstellung („seitliches Einparken“) vorsehen, um den Bau breiterer Bürgersteige und Fahrradwege zu ermöglichen;
- das Fahren in Zonen, die für Nicht-Anwohner gesperrt sind, und das Parken im Parkverbot (insbesondere rue Notre Dame und rue du Fossé) viel konsequenter ahnden;
- Maßnahmen ergreifen, um die Nutzung von SUVs in der Stadt zu unterbinden, z. B. durch die Bevorzugung kleinerer Parkplätze und die Erhebung von Aufschlägen für SUV-freundliche Parkplätze;
- die Praxis beenden, den Mitgliedern des Bürgermeister- und Schöffenkollegiums und bestimmten Gemeinderäten systematisch kostenlose Gemeindeparkplätze anzubieten.

5.6. Mobilitätsdienstleistungen stärken, um das Angebot an den Bedarf anzupassen – und dies sowohl für Personen als auch für Güter:

- Zusammenlegung des Carloh-Systems (Stadt Luxemburg) und des Flex-Systems (CFL), um die Nutzung von geteilten Autos zu erleichtern, die Autos je nach Bedarf verfügbar machen;
- Erhöhung der Anzahl der Autos und Carsharing-Stationen, um ein Leben ohne eigenes Auto zu ermöglichen, wie es in anderen Städten vergleichbarer Größe der Fall ist, wobei deren Nutzung durch den Ersatz der kostenlosen Parkvignette durch ein pro Haushalt angebotenes Carsharing-Abonnement erleichtert werden soll.
- Einführung regelmäßiger Linien zu atypischen Zeiten durch die Entwicklung von Transportsystemen auf Abruf oder von Linien für Arbeitnehmer, die früh am Morgen beginnen oder spät am Abend enden, wobei diese Linien im Rahmen von Mobilitätsplänen von Unternehmen eingerichtet werden können;
- systematische Einführung von Pedibussen und eines Velobus-Systems, damit die Kinder zu Fuß oder mit dem Fahrrad zur Schule gehen können, so dass die Eltern ihre Kinder nicht mehr mit dem Auto zur Schule bringen müssen und die Klasseneingänge und -ausgänge nicht mehr von Fahrzeugen verstopft werden;
- Kommunikation über diese Dienste sowie über Fahrgemeinschaften ;
- elektronische Parkbezahlsysteme über das Call4Park-System allgemein einführen, um die Arbeit der städtischen Bediensteten („Pecherten“) zu unterstützen und zu optimieren und um das Parken auf dem Gebiet der Stadt Luxemburg analysieren zu können;

- Entwicklung eines nachhaltigen städtischen Logistiksystems, das sich auf Logistik-Hubsysteme am Stadtrand stützt (Industriegebiete Sandweiler, Contern, Leudelingen usw.), wobei die letzten Kilometer mit kleinen, emissionsarmen Fahrzeugen (Elektrofahrzeuge, Lastenfahrräder) zurückgelegt werden;
- Erhöhung der Anzahl der für die Lieferung reservierten Plätze, insbesondere durch die Ausweitung der Öffnungszeiten auch in der Nacht oder an Sonntagen, um das Parken von Lieferfahrzeugen auf dem Bürgersteig oder auf Radwegen zu vermeiden;
- Einrichtung einer Mobilitätsagentur, in der die Abteilungen für Straßenbau, Verkehr, öffentliche Verkehrsmittel, Stadtplanung, Wirtschafts- und Handelszellen und spezifische Bedürfnisse zusammenarbeiten, um gemeinsam mit der Bevölkerung diagnostische Studien durchzuführen, das Bewusstsein für Maßnahmen zugunsten des öffentlichen Verkehrs, der Fahrräder und des Zufußgehens zu schärfen, Unternehmen beim Mobilitätsmanagement ihrer Mitarbeiter zu beraten, Experimente durchzuführen und die verschiedenen Projekte und eingeführten Maßnahmen dauerhaft zu sichern.

6. Stadtviertel: Besser planen, um besser zu leben.

Unter dem Banner des Neoliberalismus wird davon ausgegangen, dass der Markt alles regelt, auch die Stadtentwicklung. Dementsprechend sind es Großgrundbesitzer, Immobilienmakler und private Bauträger, die die städtebauliche und soziale Entwicklung der Stadt weitgehend bestimmen. Obwohl die Stadt grundsätzlich über Planungsfreiheit verfügt, ist diese stark der Macht von Lobbys ausgesetzt und durch den stark unausgewogenen Grundbesitz eingeschränkt. Die Stadtentwicklung muss alle Bereiche der lokalen Entwicklung miteinander verknüpfen: Stadtplanung, Sozialplanung, Energiewende, Umwelt- und Klimaschutz, soziale Sicherung und Kultur. Sie muss gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern in einem demokratischen Prozess gestaltet werden (siehe dazu Punkt 9 unseres Aktionsplans). Die folgenden Elemente sollen integraler Bestandteil der Leitlinien für diese Entwicklung sein: Beseitigung von Armut und sozialer Ungleichheit auf lokaler Ebene, erschwinglicher Wohnraum, Vermeidung oder Verringerung der Segregation von Wohngebieten, nachhaltige Energiepolitik, Erhaltung der Umwelt und der biologischen Vielfalt, Beitrag zur Klimapolitik und Gesundheit. Diese Leitlinien sollen Prioritäten setzen, und von diesen Prioritäten hängt die Entwicklung der Stadtviertel ab.

déi Lénk wollen:

- 6.1. **Eine Bestandsaufnahme erstellen**, die vergangene und gegenwärtige positive Entwicklungen ebenso aufgreift wie Mängel, Ungleichgewichte und Widersprüche. Ohne eine Diagnose kann es keine angemessene Behandlung geben.
- 6.2. **Dafür sorgen, dass in den neuen Stadtvierteln wieder ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Wohnungen und Arbeitsplätzen hergestellt wird.**
In den neuen Stadtvierteln (Kirchberg, Ban de Gasperich...) gibt es seit Jahren einen Überhang an Büroflächen im Vergleich zu Wohnungen (Verhältnis $\frac{3}{4}$ zu $\frac{1}{4}$), was ein grundlegendes Ungleichgewicht zwischen geschaffenen Arbeitsplätzen und verfügbarem Wohnraum kennzeichnet. Eine solche Politik des ungebremsten Wachstums lässt einerseits die Wohnungspreise aufgrund eines Defizits im Verhältnis zur Nachfrage steigen und erhöht andererseits kontinuierlich die Zahl der Pendler mit all den damit verbundenen Problemen auf der Ebene der Mobilität.
- 6.3. **Die Stadtplanung und die Kommunikation darüber miteinander vernetzen.**
Stadtentwicklung muss alle Bereiche der lokalen Entwicklung miteinander verknüpfen: Stadtplanung, Sozialplanung, Energiewende, Umwelt- und Klimaschutz, soziale Sicherung und Kultur. Für diese verschiedenen Bereiche (Schaffung von Grünflächen, soziale Entwicklung) müssen Konzepte entwickelt und gleichzeitig miteinander verknüpft werden (z. B. enthält die Schaffung einer Grünfläche immer auch eine soziale Dimension). Dies erfordert eine kontinuierliche Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Abteilungen der Stadt sowie eine umfassende professionelle Koordination über das Stadtplanungsamt. Dazu gehört auch die Einrichtung einer ständigen Kommission für Stadtplanung, die sich aus Vertretern der verschiedenen Parteien und sozial- und umweltpolitisch aktiven Bürgern zusammensetzt und deren Berichte öffentlich zugänglich sind.

- 6.4. **Die Planungshoheit der Stadt ausbauen durch Nutzung der Mittel des Gesetzes vom 7. Juli 2011** über die kommunale Planung und die Stadtentwicklung, das Folgendes vorsieht: „Die Initiative zur Ausarbeitung eines Sonderbebauungsplans (PAP) 'neues Stadtviertel' kann von der Gemeinde ausgehen, (...). Im Hinblick auf eine solche Initiative müssen die Gemeinden, (...) nicht Eigentümer des betroffenen Grundstücks oder der betroffenen Grundstücke sein. (...). Wenn das Planungsprojekt 'neues Viertel' von der Gemeinde ausgearbeitet wird, werden die damit verbundenen Ausgaben von den betroffenen Eigentümern im Verhältnis zu den Flächen der Grundstücke, die sie besitzen, zurückgefordert.“ Dies bedeutet, dass die Stadt die Ausarbeitung der Sonderbebauungspläne (PAP) in Zusammenarbeit mit den Bürgerinnen und Bürgern selbst in die Hand nimmt. Der Einfluss kommerzieller Bauträger auf die Stadtplanung und vor allem auf die Wohnungspolitik kann so stark eingeschränkt werden.
- 6.5. **Den Grundbesitz der Stadt erweitern**, indem das Vorkaufsrecht der Gemeinde voll ausgeschöpft wird. Öffentliches Eigentum ist immer noch das beste Mittel für eine Stadtentwicklung im Interesse der Allgemeinheit.
- 6.6. **Die Trennung zwischen Wohn-, Arbeits- und Freizeitbereichen überwinden und integrierte Räume schaffen**, die sich positiv auf die Lebensqualität jedes einzelnen Einwohners auswirken, die Nachbarschaften lebendiger, grüner und sicherer machen und durch eine Verringerung der Anzahl der Fahrten weniger Energie verbrauchen. In diesem Sinne:
- sollen Grundschulen möglichst in der Nähe der Wohnorte der Kinder erhalten bleiben;
 - soll die Gemeinde muss dafür sorgen, dass es in den Stadtvierteln Geschäfte und Handwerksbetriebe in der Nähe gibt;
 - sollen Grünflächen und Gärten, die in den Stadtvierteln geschaffen werden, Begegnungen und Austausch zwischen Bewohnern ermöglichen, die eine Leidenschaft für Gartenarbeit haben und nicht über einen eigenen Garten verfügen;
 - soll die Gemeinde bei allen neuen Erschließungs- und Bauprojekten darauf bestehen, dass ihr die gesetzlich vorgeschriebenen 25 % der Fläche vollständig überlassen werden, damit ein angemessener Anteil an öffentlichen Einrichtungen, sanfter Mobilität und Grünflächen geschaffen werden kann;
 - sind die Projekte der Übergangsbewegung unbedingt zu unterstützen. Sie zeigen, dass sich wirtschaftliche und kulturelle Aktivitäten außerhalb einer Profitlogik entwickeln können und dass sie Geselligkeit und Solidarität erzeugen können.
- 6.7. **Die Ansiedlung von unabhängigen Geschäften in der Stadt gewährleisten.** Die in den letzten Jahren verfolgte Laissez-faire-Politik in der Stadtplanung hat sich auch negativ auf den Handel und das Handwerk ausgewirkt. So sind unabhängige Einzelhändler und Handwerker in Luxemburg-Stadt durch den unaufhörlichen Anstieg der Mieten bedroht. Dieser wird vor allem durch die Zunahme von Filialen großer Handelsketten erzeugt. Die DP-CSV-Mehrheit setzt diesen jedoch keine

Grenzen, sondern begünstigt aktiv die multinationalen Konzerne, wie das Royal-Hamilius-Projekt zeigt. Die derzeitige Mehrheit befürwortet auch weiterhin die Ansiedlung von großen Supermärkten in der Peripherie, obwohl sie die Entstehung von Zentren in den Stadtvierteln fördern könnte! Diese Politik lässt den lokalen Geschäften keine Chance und fördert die übermäßige Nutzung des Autos. Die vorprogrammierte Katastrophe des Ban de Gasperich, ein wahres „Kirchberg II“, steht für die ganze Absurdität dieses Ansatzes.

Angesichts dieser Entwicklung, die eine Verschlechterung der Attraktivität der Stadt und der Lebensqualität ihrer Bewohner*innen bedeutet, machen déi Lénk die folgenden Vorschläge:

- regelmäßige Durchführung einer Analyse der Situation der unabhängigen Geschäfte in der Stadt durch;
- gezielte Nutzung der Leitpläne des allgemeinen Bebauungsplans der Stadt, der künftigen Sonderbebauungspläne (PAPs) und der städtischen Vorschriften, um eine bessere Mischung von Handel und Handwerk im Stadtzentrum und für die Erhaltung oder Wiederherstellung des lokalen Handels und Handwerks in den Stadtvierteln zu erreichen;
- Erstellung eines Inventars der der Gemeinde gehörenden Immobilien, die Platz für Geschäftsräume bieten. Sie stellt diese Räumlichkeiten sowie zusätzliche Räumlichkeiten, die sie erwirbt oder errichtet, zu erschwinglichen Mieten und nach objektiven Kriterien zur Verfügung, die den unabhängigen und lokalen Handel fördern. Besondere Aufmerksamkeit sollte den Buchhandlungen gelten (siehe dazu Kapitel 8).
- weitere Unterstützung der digitalen Plattform, die es unabhängigen Geschäften ermöglicht, den großen multinationalen Konzernen des Online-Handels zu widerstehen;
- Unterstützung von Initiativen in Richtung sogenannter Social Impact Societies (SIS), die insbesondere zum Erhalt und zur Entwicklung sozialer Bindungen und zur Entwicklung kultureller oder kreativer Aktivitäten beitragen möchten. Es ist auch notwendig, jungen Unternehmensgründern eine Chance zu geben, deren Initiative heute oft erstickt wird durch die Allmacht der großen Bauträger und die immer schwindelerregendere Höhe des Kapitals, das sie aufbringen müssen, um über ein Ladenlokal verfügen zu können.

6.8. Den öffentlichen Raum vor der Vereinnahmung durch die Werbung bewahren.

Im Rahmen des „glamourösen“ Royal Hamilius-Projekts wurde der Platz vor der ehemaligen Hauptpost für die nächsten 75 Jahre zu einem privaten Platz. Die Stadt setzt damit ihre Politik fort, den öffentlichen Raum schrittweise zu kommerzialisieren und privaten Interessen zu überlassen: Buswartehäuschen und Fahrradstationen, die von einer privaten Firma für die Platzierung für Werbeplakate finanziert werden, Verteilerkästen für Gratiszeitungen in fast allen Straßen, aufdringliche Musikbeschallung in den Straßen zu bestimmten Anlässen, Straßencafés, die in Fußgängerzonen eindringen, Denkmäler und Straßen, die für kommerzielle Zwecke geschmückt werden.

déi Lénk lehnen diese Politik ab, die im Widerspruch zu Artikel 1 der Stadtordnung steht, in dem es heißt: „Öffentliche Räume und Freizeitanlagen sind Orte der Entspannung und des Zusammenlebens“.

déi Lénk wollen:

- kommerzielle Werbung in kommunalen Einrichtungen verbieten;
- kommerzielle Werbeplakate auf öffentlichen Straßen und Plätzen und insbesondere an Buswartehäuschen zurückdrängen;
- die bürgerliche und kulturelle Meinungsäußerung über Plakatflächen an öffentlichen Orten fördern.

6.9. **Wohnviertel durch die Einrichtung von Nachbarschaftshäusern beleben.**

Nachbarschaftshäuser, in denen alle Vereine des Viertels vertreten sind und die mit den Jugendhäusern zusammengelegt werden können, um den Austausch zwischen den Generationen zu erleichtern, können nach und nach - zunächst als Pilotprojekt - in bestimmten Stadtvierteln eingerichtet werden. Sie werden von der Stadt Luxemburg in Zusammenarbeit mit den lokalen Akteuren verwaltet, stellen Vereinen Räumlichkeiten zur Verfügung, bieten den Bewohnern bestimmte Dienstleistungen an (z.B. Hilfe bei bestimmten Behördengängen, insbesondere für ältere oder sozial benachteiligte Menschen) und fördern Aktivitäten innerhalb des Viertels. Gegebenenfalls können die Räumlichkeiten so gestaltet werden, dass sie auch die in einigen Stadtteilen geplanten Stadtteilbibliotheken beherbergen (siehe Punkt 8.1). Ziel ist es, dass jedes der 24 Stadtviertel letztendlich über eine solche Einrichtung verfügt.

7. Bildung und Erziehung: Die Inklusion aller Kinder sicherstellen.

In Bezug auf den Zugang zu Bildung schneidet Luxemburg schlecht ab. Vor allem für Kinder mit Migrationshintergrund verschärft das luxemburgische Bildungssystem die sozialen Unterschiede, anstatt sie abzumildern.

Seit dem Schulgesetz von 2009 wurde die Autonomie der Gemeinden in Bezug auf die Schulorganisation stark eingeschränkt. Der Staat hat das Lehrpersonal der Grundschulen übernommen, sodass sich die Stadt Luxemburg mit einer systematischen Reduzierung der zugewiesenen Unterrichtsstunden pro Kind und somit mit einer Erhöhung der Klassenstärken konfrontiert sah. Die Gemeindeautonomie bleibt jedoch in Bezug auf die Schulinfrastruktur, die Maison relais (Foyers scolaires), die außerschulischen Aktivitäten und vor allem die Verpflichtungen gegenüber der frühen Kindheit (Kinderkrippen, Früherziehung) weitgehend erhalten. In all diesen Bereichen ist die Bildungspolitik der Stadt in Verzug geraten, was zur Entwicklung des Privatschulwesens in der Hauptstadt beigetragen hat. Laut dem Bericht von LISER im Rahmen des Sozialobservatoriums besuchten im Jahr 2020 46% der Kinder, die in der Stadt wohnten, keine kommunale Grundschule mehr. Diesem Bericht zufolge war dies sogar für 23% der luxemburgischen Schüler der Fall. Die öffentliche Schule erfüllt dann nicht mehr ihre integrative Funktion und es kommt zu einer Atomisierung der Gesellschaft. In den Augen von déi Léng spielt die öffentliche Schule dabei eine wichtige Rolle, da sie die Gesellschaft zusammenhält und Chancengleichheit gewährleistet.

déi Léng wollen:

7.1. In jedem Stadtteil öffentliche Kinderkrippen einrichten.

Derzeit stehen in Luxemburg-Stadt nur 6 Krippen mehr als 130 privaten oder konventionierten Krippen gegenüber. Im Haushalt 2023 der Stadt sind keine Mittel für eine zusätzliche Krippe vorgesehen. Dies steht im Gegensatz zum Programm der DP-CSV-Koalition, das in jedem der wichtigsten Stadtteile eine öffentliche Kinderkrippe vorsah. Besonders im Bahnhof, in Beggen und in Limpertsberg fehlen welche.

7.2. Genügend ganztägige Frühbetreuungseinrichtungen einrichten.

Die Eröffnung der „Foyers scolaires“ für Kinder ab drei Jahren war vor etwa zehn Jahren eine Werbeaktion für die öffentliche Schule. Denn durch den ersten Kontakt auf der Ebene der Frühförderung konnten zunächst viele nicht-luxemburgische Eltern für die Grundschulbildung der Stadt gewonnen werden. Insbesondere das Erlernen der luxemburgischen Sprache wird dort gefördert. Aufgrund des anhaltenden und sogar zunehmenden Mangels an Plätzen in den Schulfoyers müssen diese Eltern jedoch häufig auf private Kinderkrippen zurückgreifen und tendieren dazu, die öffentliche Grundschulbildung der Stadt endgültig zu verlassen.

Die Öffnung der „Foyers scolaires“ für Kleinkinder erfordert auch, dass sie an die körperlichen und psychischen Bedürfnisse dieser Kinder angepasst werden, sowohl was die Gestaltung der Räumlichkeiten als auch was das Erziehungspersonal betrifft.

7.3. Die räumlichen und personellen Voraussetzungen schaffen, um die Wartelisten an „Foyers scolaires“ abzubauen und allen Schulkindern, deren Eltern dies wünschen, den Zugang zu gewährleisten:

- in jedem Teilbebauungsplan (PAP) die notwendige schulische Infrastruktur vorsehen. Dies gilt insbesondere für das Bahnhofsviertel, wo derzeit trotz der PAPs „Nei Hollerech“ und „rue de l'Acierie“ keine zusätzliche Infrastruktur geplant ist.
- die Arbeitsplätze von diplomierten und graduierten Erziehern attraktiver machen
 - o durch Einstellung auf der Grundlage von Arbeitsverträgen mit 40 Stunden/Woche,
 - o indem jedem „Foyer scolaire“ mehr pädagogische Autonomie (einschließlich eines Budgets) eingeräumt wird.
- Die strenge Hierarchie in den städtischen Schulfoyers, die keine Entscheidungen ohne Zustimmung der zentralen Leitung zulässt, kann ein Grund dafür sein, dass das engagierteste pädagogische Personal das Heim verlässt. Die „Foyers scolaires“ müssen mehr pädagogische Autonomie erhalten. Nach dem Modell, das déi Lénk befürwortet, hätte die Direktion administrative und technische Managementkompetenzen, während die Pädagogik Sache der Teams vor Ort wäre, die über ein eigenes Budget verfügen würden. Dies würde nicht verhindern, dass die Leitung die besten Praktiken fördert und die Stadt über die Verwaltungsausschüsse die Kontrolle behält, um negative Entwicklungen zu verhindern.
- generell die Verwaltungsarbeit von Verwaltungspersonal und nicht mehr von pädagogischem Personal erledigen lassen.

7.4. Auf nationaler Ebene Druck ausüben, um eine Anpassung des Kontingents an zugeordneten Unterrichtsstunden an den tatsächlichen Bedarf zu erreichen.

Die Grundschulen der Stadt müssen über die notwendigen Mittel verfügen, um die Probleme, die täglich im Unterricht auftreten, zu bewältigen. Da das Bildungsministerium der Stadt seit Jahren weniger Unterrichtsstunden pro Schüler zuteilt, mussten die einzelnen Schulen auf die Stützunterrichtsstunden zurückgreifen, die unter der Bezeichnung "Betreuung nach Sozialindex" im allgemeinen Kontingent enthalten sind. Dies, obwohl eine Mehrheit nicht-luxemburgischer Kinder in den öffentlichen Grundschulen in Luxemburg-Stadt eine ständige Herausforderung im sprachlichen Bereich darstellt und die Zahl der desorientierten Kinder und Kinder mit besonderen Bedürfnissen, deren Aufnahme gefordert wird, steigt. Um aus der derzeitigen Notlage herauszukommen, muss die großherzogliche Verordnung, die das Kontingent im Detail festlegt, geändert werden, wobei insbesondere ein Durchschnitt von 14 Schülern pro Klasse angestrebt wird.

7.5. Systematisch die Zahl von öffentlichen Schulen mit einem kostenlosen Ganztagsangebot ausbauen:

- einen „One-Stop-Shop“ („guichet unique“) für die Grundschulbildung der Stadt einrichten: Eine Anmeldung in einer Klasse der Schule impliziert das Recht auf einen Platz im Schulfoyer;

- die Pläne für die außerschulische Betreuung richtig nutzen;
- eine enge Zusammenarbeit zwischen jeder Grundschule und dem dazugehörigen Schulfoyer bei der Organisation der Hausaufgabenhilfe. Bis diese Zusammenarbeit eingerichtet ist und jeder Schüler einen Platz in "seinem" Schulfoyer hat, das bestehende System der Hausaufgabenhilfe („Silenz“) wieder einführen, wie es bis 2020 in Luxemburg-Stadt funktionierte. Die Hausaufgabenhilfe im Schulfoyer darf sich nicht auf eine bloße Beaufsichtigung beschränken, wie es derzeit der Fall ist.

7.6. Soziokulturell benachteiligte Kinder, Flüchtlingskinder und Kinder mit besonderen Bedürfnissen unterstützen:

- Schulentwicklungspläne richtig einsetzen;
- die Differenzierung zwischen Schulen in verschiedenen Stadtteilen mithilfe von Sozialindizes grundlegend überarbeiten;
- den Sozialindex, der eine stärkere Förderung von Schülern in benachteiligten Stadtteilen ermöglicht, ausbauen;

Derzeit beträgt der Unterschied im Betreuungsverhältnis zwischen der Schule mit dem höchsten Sozialindex der Stadt und der Schule mit dem niedrigsten Sozialindex nur 52 Stunden auf einer Basis von rund 300 Schülern. Dies entspricht nur zwei Lehrerstellen.

- Mittel bereitstellen, um die Inklusion zum Erfolg zu führen, und einen „design4all“-Ansatz praktizieren;
- Flüchtlingskinder so bald wie möglich in die normalen Klassen der Stadt eingliedern, und zwar in der Nähe ihres Wohnortes. Um einen reibungslosen Übergang dieser Kinder in die städtischen Grundschulklassen zu gewährleisten, müssen die Eltern systematisch kontaktiert und die Lehrkräfte angemessen vorbereitet werden, insbesondere durch Schulungen über die Geschichte und Kultur der Herkunftsländer. Außerdem müssen zusätzliche Stellen für die Schulen bereitgestellt werden, die den größten Anteil an Kindern mit Erstzuwanderungsgeschichte, aus Flüchtlingsheimen oder anderen Einrichtungen und mit besonderen Bedürfnissen aufnehmen.

7.7. Eine Antidiskriminierungspolitik in den Schulen der Stadt betreiben:

- einen Unterricht organisieren, der die Vielfalt und das gegenseitige Verständnis fördert;
- die Vielfalt im öffentlichen Raum repräsentieren;
- Schulungen durch die Bildungsbehörde organisieren, um das Lehrpersonal und die Erzieher besser für Fragen der Migration und der Chancengleichheit sowie für alle für das Zusammenleben giftigen Ideologien wie Rassismus, religiöse Fundamentalismen, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Machismus und Homophobie zu sensibilisieren.

7.8. Evaluierung der Vereinbarung über die „Eltereschool“, indem das Angebot an die Bedürfnisse von Eltern und Schulen angepasst wird und ihre Kompetenzen auf Aspekte wie Mediation ausgeweitet werden.

- 7.9. **Im Bahnhofsviertel plädieren déi Lénk dafür, die Klassen der Zyklen 2 und 3 im Gebäude rue du Commerce und den Zyklus 4 im Gebäude Michel Welter zusammenzulegen.**
- 7.10. **Den Schultourismus zwischen den städtischen Schulen drastisch einschränken.**
- 7.11. **Eine gesunde Ernährung in Kindertagesstätten und „Foyers scolaires“ fördern::**
- Beendigung der Auslagerung von Schulverpflegungsdiensten; In den Schulfoyers der Stadt werden täglich 3.500 Mahlzeiten serviert und die Stadt wird dieses Jahr 7,5 Millionen Euro an private Unternehmen zahlen;
 - nach dem Vorbild des Restopolis-Dienstes des Bildungsministeriums für die Sekundarschulen eigenes Personal einsetzen, das die Mahlzeiten vor Ort mit frischen, lokalen, saisonalen und vorzugsweise biologischen Produkten zubereitet und somit selbst entscheidet, was unter guten Arbeitsbedingungen und Bezahlung zubereitet und serviert wird;
 - Kinder durch Kochworkshops zu einer guten Ernährung erziehen und sie zu Akteuren des ökologischen Wandels machen;
 - die Lebensmittelverschwendung in Schulkantinen bekämpfen, welche ein erhebliches Abfallvolumen darstellt; dies indem die zubereiteten Mengen genauer auf die verzehrten Mengen abgestimmt werden.
- 7.12. **Einen kommunalen Kinderplan mit klaren Zielen, Mitteln und Methoden entwickeln und ein Verfahren zur regelmäßigen öffentlichen Bewertung einführen:**
- Kindern soll ermöglicht werden, ihre Bedürfnisse zu äußern, und sie sollen dazu beitragen, diese zu erfüllen; In diesem Sinne braucht es kompetentes Personal, das diese Bedürfnisse wahrnimmt und entsprechend handelt;
 - Kinder sollen in alle Entscheidungen einbezogen werden, die das Spielen betreffen; Sie sind die Spezialisten. Ihre Beteiligung darf sich jedoch nicht auf einen verbalen Austausch beschränken. Eine respektvolle Haltung der Betreuer gegenüber den Kindern ist oftmals schlüssiger. Die Spielpädagogen von Capel können Kommunikations- und Interpretationsarbeit leisten.
 - Förderung des Spiels gegenüber allen Akteuren, die im Leben der Kinder agieren, also Eltern, Lehrern oder Erziehungspersonal; Sorge tragen, dass das Spiel der Kinder bei allen Entscheidungen der Stadt beachtet wird; Straßen, wo immer möglich, als Lebens- und Spielraum neu definieren; in Schulen und Schulfoyers Räume schaffen, die das Spiel der Kinder ermöglichen; Das Spiel ist ein unverzichtbares Element beim Lernen und bei der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen zu verantwortungsbewussten Bürgern.
 - Waldschulen und Waldklassen stärken, ausbauen und unterstützen, Waldkindergärten anbieten.
- 7.13. **Die Chancen und Risiken der sogenannten „internationalen öffentlichen Schulen“ analysieren, bevor man sich weiter auf diesen Weg begibt.**

Mit der Aufnahme mit offenen Armen, der neuen internationalen Grundschule „Gaston Thorn“ im Stadtteil Zessingen hat sich die Stadt auf den Weg zum parallelen öffentlichen Schulmodell des DP-Bildungsministers begeben. Diese Art von Schule hat ihren eigenen Lehrplan und ihr eigenes Personal, das unter privaten Verträgen arbeitet. déi Lénk befürchten negative Folgen sowohl für den verbindenden Charakter der öffentlichen Schule als auch für viele Schüler, die sich für diesen Schulweg entscheiden. Dies liegt daran, dass die französische Sprache nur noch eine marginale Rolle spielt und dass die Sekundarschulbildung in diesem Schultyp ausschließlich auf das Abitur und die Hochschulbildung ausgerichtet ist. Schüler, die auf dem Weg dorthin aus der Bahn geraten, haben keine Rückzugsmöglichkeit, z. B. in Richtung einer Berufsausbildung.

déi Lénk sind der Meinung, dass es unverantwortlich ist, ein neues paralleles Schulsystem zu schaffen, ohne dessen Integration in die bestehenden Strukturen sicherzustellen.

- 7.14. **Sich an der Diskussion über die Alphabetisierung in französischer Sprache in den Grundschulen der Stadt beteiligen und mit einem Pilotprojekt dazu beitragen.** Wesentliche Voraussetzungen dafür sind die Beibehaltung der Einheitlichkeit des Schulsystems auf der Ebene der Grundschule und die Integration in die bestehenden Strukturen der Sekundarstufe.

8. Kultur: Kreatives Schaffen dezentralisieren, das Angebot demokratisieren, das Kulturerbe schützen.

Eine Stadt, in der das künstlerische Schaffen nicht sprudelt, ist eine Stadt, die stirbt! Deshalb engagieren sich déi Lénk für eine demokratische und dezentralisierte Wende zugunsten des künstlerischen Schaffens (ausgehend von den bestehenden Institutionen wie auch von den Einwohnern, insbesondere den Jugendlichen) und eines finanziell leichter zugänglichen kulturellen Angebots, das die Multikulturalität der Bevölkerung besser repräsentiert. Darüber hinaus wollen déi Lénk eine Reihe wichtiger Defizite der Stadt Luxemburg in bestimmten kulturellen Bereichen beseitigen, wie z.B. den Mangel an Produktionsstätten für Jugendliche oder das Fehlen eines Netzes von städtischen Bibliotheken.

Für déi Lénk bedeutet Kultur nicht nur, dass sie einem Publikum angeboten wird! Das Publikum, d.h. die Einwohner/innen von Luxembourg-Ville, muss sich in eine Bewegung zur stärkeren Demokratisierung des künstlerischen Schaffens einbezogen fühlen, in eine Bewegung zur Öffnung gegenüber allen Gemeinschaften, die auf dem Stadtgebiet vertreten sind. Dazu ist es wichtig, in den Stadtvierteln neue Räume für kreatives Schaffen zu eröffnen, sei es musikalisch, theatralisch oder auch visuell bzw. videal. Vor allem junge Menschen haben uns in diesem Bereich viel Energie zu vermitteln, vorausgesetzt, sie erhalten eine pädagogische Betreuung, die es ihnen ermöglicht, diese Energie zu kanalisieren. Ebenso sollten die verschiedenen Sprach- und anderen Gemeinschaften, die in Luxemburg-Stadt leben, miteinander sprechen, wie es beim Festival der Migration geschieht, und sich gegenseitig ihr Leben hier vorstellen. Für eine linke Kulturpolitik, die Multikulturalität, Integration, Inklusion, freie Meinungsäußerung, Dialog und Kommunikation, besseres Zusammenleben und aktive Teilnahme anstelle von bloßem Konsum bevorzugt. Der interkulturelle Reichtum, der Luxemburg und insbesondere der Stadt Luxemburg eigen ist, muss ein kreativer Vektor sein, der in den verschiedenen Stadtvierteln aufgesucht werden muss. Jede Bevölkerung in den Stadtvierteln hat ein Wort, das sie ausdrücken kann. Lassen Sie es uns sublimieren!

déi Lénk wollen:

- 8.1. **Ein Netzwerk von 4-5 Gemeindebibliotheken in den wichtigsten Vierteln der Hauptstadt aufbauen**, ähnlich wie es in Städten vergleichbarer Größe in unseren Nachbarländern existiert. Diese Bibliotheken, die benutzerfreundlich sind, auch außerhalb der Bürozeiten geöffnet sind und sogar die Erledigung einiger Behördengänge ermöglichen, könnten thematisch ausgerichtet sein. Wir denken z. B., dass in Bonnevoie, einem Stadtteil, in dem viele junge Familien leben, eine Kinderbibliothek eingerichtet werden sollte. Natürlich würden auch die anderen Gemeindebibliotheken eigene Bereiche für Kinder haben. In den ehemaligen Schlachthöfen von Merl, wo die Stadt verschiedene kulturelle Aktivitäten entwickeln möchte, schlugen wir vor, eine Comic-Thek einzurichten, wie sie in den ehemaligen Schlachthöfen von Bomel in der Nähe von Namur existiert. Angesichts der großen Zahl portugiesisch-, spanisch- und italienischsprachiger Menschen in Luxemburg scheint auch die Einrichtung einer Bibliothek speziell für die portugiesische,

spanische und italienische Sprache und Literatur (gegebenenfalls in Zusammenarbeit mit den in diesem Bereich tätigen Vereinigungen) angebracht.

- 8.2. **Eine entschiedene Förderung des Buches** durch die Unterstützung von Buchhändlern, die Vorträge, Lesungen und Autorenbegegnungen organisieren, durch die Förderung von Besuchen von Buchhandlungen durch Grundschulklassen und durch die Förderung der Organisation einer jährlichen Buchmesse in Absprache mit den Buchhandlungen und Bibliotheken der Stadt.
- 8.3. **Einen Plan erstellen für die Bereitstellung von Vereinsräumen für kreatives Schaffen in den Stadtvierteln**, die als Relais für künstlerisches Schaffen für die in einigen Stadtvierteln bereits bestehenden Jugendhäuser dienen. Dies gilt auch für die Musik: Es gibt keinen für die Musik geeigneten Ort, an dem jeder in der Stadt wohnhafte Musiker zu jeder Zeit arbeiten kann und der endlich ein ständiger Treffpunkt wäre, der auch von Vereinen genutzt wird.
- 8.4. **In den Stadtvierteln Workshops für künstlerisches Schaffen (Theater, Schreiben, Malen, Fotografie, Kochen, Musik...) organisieren**, sowohl mit Fachleuten als auch mit Jugendlichen, die sich bereits in einem kreativen Prozess befinden.
- 8.5. **Die Einwohner in die Kulturplanung der Stadt einbeziehen**, indem kommunale Foren (z. B. Kulturassisen, Jugendforum usw.) eingerichtet werden, die sich mit Zukunftsfragen und wesentlichen Aspekten unserer Gesellschaft befassen. Ein Festival könnte von den Jugendlichen eines Stadtteils organisiert werden, mit einem Budget, das groß genug ist, um dem Festival eine nationale und grenzüberschreitende Dimension zu verleihen (wie z. B. das Festival Réel in Villeurbanne, Frankreich).
- 8.6. **Kinder und Jugendliche in die Gestaltung der Kulturpolitik einbeziehen** und ein qualitativ hochwertiges Angebot bereitstellen, das auf ihre Bedürfnisse in ihren Lebensräumen zugeschnitten ist.
- 8.7. **Ein Prozent (1%) des Kulturbudgets der Stadt für zeitgenössische Kunst (einschließlich Street Art) zurückbehalten**, um das sowohl ästhetische als auch pädagogische Interesse der Gemeinde an den Straßen der Stadt zu zeigen.
- 8.8. **Die Autonomie der kulturellen Einrichtungen der Stadt gewährleisten, insbesondere in Bezug auf ihre Programmgestaltung** (Ausstellungen, Konzerte, Theaterstücke, Ballett, Filme...) sowie die Nichteinmischung durch Dritte, sowohl durch das Schöffenkollegium als auch durch Privatunternehmen.
- 8.9. **Ausweitung der Städtepartnerschaftspolitik auf andere Städte in der Welt**, auch in Krisenregionen, um die kulturelle Offenheit und den Solidaritätsgeist der Stadt Luxemburg zu demonstrieren.

In einigen Bereichen der Kultur in Luxemburg-Stadt liegt das Problem nicht in einem Mangel an kulturellem Angebot, sondern darin, dass dieses Angebot nur von dem relativ privilegierten Teil der Bevölkerung wahrgenommen und genutzt wird, was zu einer Form der kulturellen Diskriminierung führt. In diesem Fall muss der Zugang aller Einwohner zu kulturellen Angeboten und Dienstleistungen bereits in der Grundschule stark gefördert werden. Um kulturelle Aktivitäten nicht von der Willkür der Lehrer abhängig zu machen, müssen sie in den Lehrplänen verankert werden.

déi Lénk wollen:

- 8.10. **Den Eintritt in die städtischen Museen wieder kostenlos machen.**
- 8.11. **Die Vergabe eines von der Stadt finanzierten Kulturpasses im Gesamtwert von 500 Euro an alle Jugendlichen zwischen 12 und 25 Jahren, die in der Stadt wohnen,** als Ersatz für das in Vergessenheit geratene „carnet culture Jeunes“, das freien Zugang zu allen Arten von kulturellen Veranstaltungen, sowohl klassischen als auch populären, bietet.
- 8.12. **Den Zugangs aller Kinder zu kulturellen Dienstleistungen von klein auf fördern,** unabhängig von ihrem soziokulturellen Hintergrund, indem sichergestellt wird, dass öffentliche Schulen systematisch von dem kulturellen Angebot Gebrauch machen, das von der Abteilung Schulunterricht angeboten wird (Theater, Musik, Museumsbesuche...).
- 8.13. **Das Angebot und die kulturelle Bildung erweitern** und die Kreativität von Kindern und Jugendlichen in „Foyers scolaires“ und Grundschulen (Theater, Musik...) fördern und dort in Zusammenarbeit mit Kulturschaffenden über Entdeckungsworkshops, Treffen mit Autoren und Komponisten, Schauspielern, Regisseuren und Technikern Kulturprojekte durchführen.
- 8.14. **Einen kostenlosen Kursplan von Workshops und/oder Kursen für junge Menschen aller Altersgruppen anbieten,** in denen sie ihren persönlichen Ausdruck erproben und gemeinsam spielen können, und zwar in städtischen Einrichtungen wie Jugendzentren, dem städtischen Konservatorium und den Musikschulen in den Stadtvierteln, den städtischen Theatern, der Cinémathèque, den Stadt- und Stadtteilbibliotheken und den Schulfoyers (mit dem vorrangigen Ziel des „gemeinsam Tuns“ und „gemeinsam (Er)lebens“).
- 8.15. **Flüchtlinge aus der Gemeinde in das kulturelle Schaffen einbeziehen,** um eine noch breitere kulturelle Bereicherung zu erreichen.
- 8.16. **Den Posten eines Jugendkulturkoordinators/einer Jugendkulturkoordinatorin schaffen.**
- 8.17. **Den Stundenplan der „Foyers scolaires“ an den Musikunterricht anpassen** bzw. die Abfahrts- und Ankunftszeiten der Schulfoyers flexibler an die Stundenpläne der Musikschulen in den Stadtteilen anpassen.

- 8.18. **Begleitpersonal bereitstellen**, damit Kinder, die die „Foyers scolaires“ der Stadt Luxemburg besuchen, den Unterricht in den Musikschulen in den Stadtteilen besuchen können.
- 8.19. **Die Förderung einer engen Zusammenarbeit zwischen dem Musikkonservatorium und den Musikschulen in den Stadtvierteln der Stadt Luxemburg einerseits und den „Foyers scolaires“ der Stadt Luxemburg andererseits**, insbesondere durch die Einrichtung von musikalischen Einführungskursen und Projekten zur musikalischen Früherziehung in den Schulheimen.
- 8.20. **Die Förderung der regelmäßigen und vielfältigen Organisation von kulturellen Aktivitäten durch die von der Stadt subventionierten Jugendhäuser.**
- 8.21. **Die Subventionierung von inklusiven kulturellen Aktivitäten**, die von Vereinigungen mit multikulturellem Charakter organisiert werden, die insbesondere zu gesellschaftlichen Themen arbeiten, die mit der Stadt Luxemburg in Verbindung stehen.

Schließlich ist der Erhalt des architektonischen Kulturerbes ein großer Schwachpunkt der Kommunalpolitik in Luxemburg-Stadt. Die allgemeinen Bebauungspläne Vago (1967) und Joly (1991) ermöglichten die Zerstörung eines großen Teils des baulichen Erbes durch Bauträger. ohne Rücksicht auf das allgemeine Interesse oder eine Gesamtvision für die Stadt.

Der Boulevard Royal, der sich ganz in der Nähe des geschützten Bereichs befindet, ist ein typisches Beispiel für ein emblematisches Ensemble, das fast vollständig zerstört wurde. Während die scheidende Mehrheit behauptet, dass ein Drittel der Gebäude in Luxemburg-Stadt geschützt wären, sieht die Realität ganz anders aus: Wenn ein Gebäude zusammen mit anderen in einem „sensiblen Ensemble“ eingestuft wird, ist ein Abriss weiterhin möglich, sofern die Größe der bestehenden Parzellen respektiert wird und sich das neue Gebäude harmonisch und kohärent in das verbleibende Ensemble einfügt. déi Lénk halten das Konzept des "sensiblen Ensembles" für eine Notlösung, da es auf unklaren und subjektiven Kriterien beruht und weder die Fassaden noch das Innere von Gebäuden schützen kann, die es wert sind, für künftige Generationen erhalten zu werden. Was das Gesetz über das kulturelle Erbe vom 10. Februar 2022 betrifft, so wird seine Umsetzung Jahre dauern.

déi Lénk wollen:

- 8.22. **Das im Gesetz über das kulturelle Erbe vom 10. Februar 2022 vorgesehene „Sicherheitsnetz“ bis zur Inventarisierung des architektonischen Erbes durch das Nationale Institut für das architektonische Erbe voll zum Tragen kommen lassen:**
- den Schutz von unbeweglichen Gütern, die nach dem Gesetz von 1983 klassifiziert oder in das Zusatzinventar aufgenommen wurden, aufrechterhalten;
 - den Kulturminister bei allen Plänen für den vollständigen oder teilweisen Abriss und Umbau einer Immobilie, die im allgemeinen Bebauungsplan (PAG) der Gemeinde als zu erhaltendes Bauwerk geschützt ist, spätestens bei der

Einreichung des Antrags auf Bau- oder Abrissgenehmigung bei der Gemeinde informieren.

8.23. Den veränderten Blick der Gesellschaft auf bestimmte Teile ihres Erbes berücksichtigen, was insbesondere die **Entkolonialisierung der Stadt Luxemburg** beinhaltet:

- eine Studie über die koloniale Vergangenheit der Stadt Luxemburg und bestimmter Persönlichkeiten ihrer Geschichte durchführen;
- Plätze und Straßen, die nach Personen benannt sind, die in den Kolonialismus und die Sklaverei verwickelt waren, historisch neu kontextualisieren;
- in den Museen der Stadt Kunst- und Kulturgegenstände, die möglicherweise Gegenstand kolonialer Plünderungen waren, inventarisieren und ihre Rückgabe an die Herkunftsländer vorschlagen.

9. Sport: Ertüchtigung und Spaß für alle.

Der Sport ist ein Beispiel für die Verwaltung der Stadt in den anderen Kompetenzbereichen. Von einem ehrgeizigen Programm bleiben nur wenige Realisierungen und das Gefühl eines Schöffenkollegiums, das mit dem Wachstum der Stadt überfordert ist. Es gibt zahlreiche Berichte über alternde oder sogar baufällige Infrastrukturen, unzureichende Plätze bei Aktivitäten, Schwierigkeiten bei der Einstellung von Betreuern usw.

Parallel zu diesen Mängeln finanziert die Stadt Luxemburg weiterhin elitäre Veranstaltungen oder solche, die privaten Strukturen zugutekommen, die aus der Organisation von Veranstaltungen ein Geschäft machen.

*Das Programm von déi Lénk ist Teil **einer populären Vision des Sports als Mittel zur Stärkung der Integration und des Zusammenlebens zwischen Bevölkerungsgruppen**, die immer mehr zersplittert sind und sich sozial immer weiter voneinander entfernen. Sport und Freizeit haben auch eine Rolle bei der Belebung der Stadt und ihrer Viertel. Sie müssen auf möglichst viele Menschen ausgerichtet sein, einschließlich der Grenzgänger, die in der Stadt Luxemburg arbeiten, und die Aussicht auf ein gesünderes Leben bieten, insbesondere für Menschen, die an chronischen Krankheiten oder anderen Beschwerden leiden, die mit Bewegungsmangel zusammenhängen. Die Sportpolitik soll auch die Inklusion stärken, insbesondere von Menschen mit besonderen Bedürfnissen, denen die Ausübung von Sport um jeden Preis erleichtert werden muss. Sie ermöglicht auch die Stärkung von Bildung und Bürgersinn. Indem wir Luxemburg zu einer Sport- und Freizeitstadt machen, trägt die populäre Vision des Sports, die wir vertreten, auch zur Stärkung der Ausstrahlung und Attraktivität der Region bei.*

Die Finanzierung der Maßnahmen zur Unterstützung eines Sportvereins muss im Rahmen von Vereinbarungen zwischen der Stadt und den Vereinen, eventuell auch den Verbänden, die sich an der Maßnahme beteiligen möchten, erfolgen. Die Finanzierung der Maßnahmen kann durch die Zuweisung von Mitteln erfolgen, die derzeit für große elitäre Veranstaltungen oder Veranstaltungen zur Förderung eines Unternehmens (Marathon im Namen einer Bank, Tennisturniere usw.) bereitgestellt werden, deren Ausstrahlung im Vergleich zu den Investitionen, die von der Stadt und ihren Bediensteten dafür aufgewendet werden, gering ist.

Um den Schwierigkeiten bei der Einstellung von Betreuern zu begegnen, wird ein Plan zur Einstellung und Ausbildung von Betreuern aufgestellt, um sie zu schulen und vor allem an das Unternehmen zu binden.

déi Lénk wollen:

9.1. Den Unterhalt und den Ausbau der Sportinfrastruktur in Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden.

Dies bedeutet **kurzfristig**:

- Die Sanierung der am stärksten beschädigten Strukturen, wie das Stadion Camille Polfer in Bonnevoie, das buchstäblich vor sich hin verfällt;

- Partnerschaften mit den umliegenden Gemeinden zur gemeinsamen Nutzung von Infrastrukturen aufbauen, insbesondere für Sportarten, deren kommunale Infrastrukturen überlastet sind.

Mittelfristig (d. h. während der Mandatsperiode) wollen wir Einrichtungen schaffen, die schon viel zu lange in der Diskussion sind, insbesondere:

- ein Leichtathletikstadion in Hamm, das das Josy-Barthel-Stadion ersetzen soll (wobei in der Zwischenzeit auf eine Partnerschaft mit dem INS in Cents zurückgegriffen werden soll), wobei darauf zu achten ist, dass das Wesen der bestehenden natürlichen Umgebung erhalten bleibt;
- ein Freibad, insbesondere im Hinblick auf die immer häufiger auftretenden heißen Sommer;
- Multisportplätze in den alten und neuen Stadtteilen.

9.2. Die Förderung einer populären Sportpraxis:

- Einberufung von Generalständen des Sports und der Freizeit in Luxemburg-Stadt, um:
 - o gemeinsam mit den Sport- und Freizeitverbänden eine Diagnose von Sport und Freizeit zu erstellen,
 - o eine globale und koordinierte Strategie für Aktionen und Unterstützung für Sport und Freizeit in der Stadt Luxemburg festzulegen,
 - o nach drei Jahren der Umsetzung eine Bilanz der Maßnahmen erstellen und den Ansatz gegebenenfalls auf die umliegenden Gemeinden ausweiten;
- ein Haus für Sport, Freizeit und Gesundheit einrichten, in dem die Sportvereine und -verbände zusammengefasst sind;
Viele Vereine in der Hauptstadt verfügen über keine Räumlichkeiten für ihre Treffen oder sind gezwungen, ihren Sitz am Wohnsitz eines der Vereinsvorsitzenden zu lokalisieren. Dieses Haus des Sports kann somit :
 - o als Ort der Begegnung (Konferenzen, Essen usw.), des Austauschs zwischen Vereinen, der Einführung in die Ausübung bestimmter Sportarten usw. fungieren,
 - o sportliche oder kulturelle Aktivitäten beherbergen,
 - o von den Vereinen und der Stadt gemeinsam verwaltet werden;
- einen jährlichen Tag der Sport- und Freizeitvereine organisieren;
Nach dem Vorbild des jährlichen Tages der Strukturen, die Personen mit besonderen Bedürfnissen vertreten, sollen an einem Tag oder einem halben Tag alle Sportvereine und -verbände der Stadt Luxemburg zusammenkommen, um eine Bestandsaufnahme ihrer Entwicklung, ihrer Bedürfnisse und Vorschläge sowie des Fortschritts von Projekten im Bereich Sport und Freizeit zu machen.
- den Zugang zu Sportinfrastrukturen erleichtern;
Nach dem gleichen Modell wie der Zugang zu den Arbeitsräumen der Nationalbibliothek, müssen die Einwohner und Arbeitnehmer der Stadt Luxemburg Zeitfenster für die Nutzung von Sportplätzen, -hallen und -einrichtungen reservieren können, insbesondere im Hinblick auf Einrichtungen

für Mannschaftssportarten oder Räume für die Ausübung von Yoga, Gesellschaftsspielen usw.

- den Zugang zum sportmedizinischen Dienst erleichtern.

Für den Zugang zum sportmedizinischen Dienst können die Wartezeiten je nach Jahreszeit sehr lang sein und bis zu mehreren Wochen für eine Konsultation im Untersuchungszentrum der Stadt Luxemburg betragen. Die Einrichtung eines zweiten Zentrums in der Stadt Luxemburg sollte von der Stadt Luxemburg im Rahmen des Hauses für Freizeit, Sport und Gesundheit unterstützt werden.

9.3. **Neue Sportprogramme für Sonntage und Ferien schaffen:**

- parallel zu den Aktivitäten von Sport für alle ermöglicht die Schaffung eines Aktivitätsprogramms am Sonntag, jeden Sonntag eine oder mehrere Sportarten, Vereine oder Aktivitäten in den Vordergrund zu stellen, und ermöglicht sowohl die Einführung als auch die Verbesserung einer Sportart;
- Sportaktivitäten in den Ferien für Jugendliche sind ein echter Erfolg, der durch die Bereitstellung von Räumlichkeiten begrenzt wird. Die Entwicklung erfordert eine Ausweitung des Angebots und einen leichteren Zugang für die ärmsten Menschen, die oft nicht in den Urlaub fahren.
- Öffnung der städtischen Schwimmbäder während des gesamten Wochenendes.

9.4. **Ein kostenloses Abonnement des vel'OH!-Systems für Anwohner**, ähnlich wie bei der kostenlosen Vignette für Parkplätze. Um die Nutzung von vel'OH zu fördern, wird jedem Einwohner und Arbeitnehmer im Stadtgebiet symbolisch angeboten, die Kosten für das vel'OH-Abonnement (18 €/Jahr) zu übernehmen. Nur Fahrten, die über eine halbe Stunde hinausgehen, müssen von den Nutzern bezahlt werden.

9.5. **Gutscheine für Lizenzen in den Sportvereinen der Stadt anbieten.** Um die Sportvereine der Stadt bekannter zu machen und die Zahl der Lizenzinhaber zu erhöhen, sollten Gutscheine eingeführt werden, die die Lizenzkosten ganz oder teilweise übernehmen.

9.6. **Die Entwicklung der Sportpraktiken berücksichtigen.** Dies könnte insbesondere durch die Unterstützung der Ausübung von E-Sports und Sportarten geschehen, die nicht durch die Mitgliedschaft in einem Verein oder Verband formalisiert sind (Futsal, 3x3-Basketball usw.).

9.7. **Genügend zusätzliches Sportpersonal einstellen**, um dem Bevölkerungswachstum Rechnung zu tragen:

- mit den Sportvereinen den Bedarf an Personal zur Betreuung von Sportaktivitäten festlegen (im Rahmen des jährlichen Tags der Sport- und Freizeitvereine);
- die Sportabteilung beauftragen, den Personalbedarf für Sport für alle und sportliche Aktivitäten für Jugendliche in den Ferien zu ermitteln;
- eine groß angelegte Kommunikationskampagne zur Personalbeschaffung starten;
- Auswahl, Schulung und Begleitung der Betreuung der angeworbenen Personen.

10. Jugend: Teenagern Entfaltungsmöglichkeiten bieten.

Die Jugend befindet sich heute in einer wenig beneidenswerten Situation. Sie ist aufgrund der Klimakrise mit Katastrophenszenarien konfrontiert und wird darüber hinaus von der Generation der „Boomer“, die diese Krise größtenteils verursacht hat, als undankbar stigmatisiert. Wie der Rest der Gesellschaft, aber weit mehr als alle früheren Generationen, ist die Jugend von heute einem Leistungs- und Konkurrenzdruck ausgesetzt, der ihre Entfaltung beeinträchtigt. Hinzu kommen die Schwierigkeiten, die mit dem Übergang ins Erwachsenenalter einhergehen und die jede Generation von Jugendlichen aushandeln muss: Nachdem sie ihre Kindheit in einer Situation fast absoluter Überwachung im Elternhaus und in öffentlichen Betreuungseinrichtungen verbracht haben, sehen sich die Teenager beim Eintritt in die Sekundarstufe plötzlich mit einer Explosion von Freiheit konfrontiert. Diese Freiheit ist jedoch sehr relativ, da in unserer Stadt die Räume für Teenager begrenzt sind. Gleichzeitig sind die Jugendlichen in der Stadt Luxemburg zwangsläufig stärker den Kontrollen der Ordnungskräfte ausgesetzt, die in der Stadt stärker präsent sind als auf dem Land. Ebenso ist das Eingreifen von Pädagogen bei Jugendlichen zwar lobenswert und notwendig, aber die Jugend muss auch Räume haben, die vor den Blicken der Erwachsenen geschützt sind, damit sie sich von diesen emanzipieren kann. Es muss also ein Gleichgewicht zwischen dem öffentlichen Eingreifen bei Jugendlichen und der Gewährleistung einer Freiheit gefunden werden, auf die jede Generation ein Recht haben sollte.

déi Lénk wollen:

10.1. Die Koordination zwischen den im Bereich der Jugendbetreuung aktiven Ämtern und Vereinen verstärken, insbesondere durch:

- die Durchführung einer Studie über die Situation der Jugend aus der Sicht der Kinder- und Jugendrechte;
- die Festlegung von gemeinsam zu erreichenden pädagogischen Zielen und thematischen Kampagnen (z. B. eine Kampagne zu Mobbing und psychischer Gesundheit in den Jahren 2023-2025);
- die Aufstellung eines Aktionsplans zur Erreichung dieser Ziele geben die Bewertung ihrer Umsetzung nach objektiven (Bewertung durch Experten) und subjektiven (Bewertung durch die Nutzer/innen) Kriterien;
- die Verpflichtung von Vereinen und Institutionen, die Jugendliche betreuen und von der Stadt Luxemburg subventioniert werden zur Aufstellung eines Präventionsplans gegen sexuelle, physische und moralische Aggressionen (sowohl von Erwachsenen als auch unter Gleichaltrigen).

10.2. Die Beteiligung junger Menschen an Entscheidungen, die sie betreffen, fördern durch:

- die effektive Umsetzung von Vorschlägen, die von Kindern und Jugendlichen im Rahmen von Kreativ- und Planungsworkshops (TOTO, UP Foundations; Jugendforum: Lët'z Discuss; usw.) eingebracht wurden;
- die Einrichtung eines Budgets, das ausschließlich der Umsetzung von Jugendprojekten gewidmet ist, einschließlich vereinfachter Verfahren zur Prüfung von Vorschlägen für Jugendprojekte bis zu 5.000 EUR;

- die Planung von Räumen von und für Jugendliche auf dem Stadtgebiet (Gantebeensmillen, Petrus-Tal...): z.B. Jugendcafé, Sportplätze, Spielothek, usw.;
- die direkte Einbeziehung der Jugend in die Entscheidungsfindung zu jugendrelevanten Themen durch die Organisation von Online- und/oder Präsenz-Diskussionsforen.

10.3. Der gesamten Jugend ermöglichen, sich in Luxemburg-Stadt wohl zu fühlen, und daher:

- eine institutionelle Kommunikation einführen, die anerkennt, dass die Vielfalt der Jugend aus Sicht der verschiedenen nationalen, ethnischen und kulturellen Hintergründe eine Bereicherung für unsere Stadt darstellt;
- die Freude an der Interaktion und am gegenseitigen Lernen in den Bereichen Kunst, Kultur, Sport und nicht-zertifizierende Bildung über Leistungsdruck und Konkurrenzdenken stellen;
- den Zugang junger Menschen zu Kultur, Ausbildung, Nachhilfe und anderen Hilfsangeboten, die sie benötigen, unterstützen;
- Projekte durchführen, die die persönlichen und emotionalen Bedürfnisse der Jugendlichen erkennen lassen;
- Eltern und die Gesellschaft für die Notwendigkeit sensibilisieren, bedingungslose Liebe für Kinder und Jugendliche zu praktizieren (geliebt zu werden, sich sicher zu fühlen, eine Orientierung im Leben zu haben).

(Siehe auch Kapitel 7. Bildung: Die Inklusion aller Kinder sicherstellen)

11. Demokratie: Die Bewohner*innen in Entscheidungen einbinden.

Es war schon immer eine zentrale Forderung von déi Lénk, über den begrenzten Rahmen der Gemeinderatssitzungen hinauszugehen und die EinwohnerInnen stärker in die Entscheidungsfindung einzubeziehen. Eine Demokratie auf kommunaler Ebene, die diesen Namen verdient, braucht Strukturen, die eine solche Beteiligung der Einwohner an Entscheidungsprozessen ermöglichen, insbesondere wenn es um die Vorbereitung langfristiger Entscheidungen geht.

Derzeit sind die strategischen Entscheidungen im Bereich der Stadtplanung fast vollständig von der Bevölkerung getrennt. Zwar hat die Stadt im Rahmen der Erstellung des neuen allgemeinen Bebauungsplans (PAG) Informationsveranstaltungen zur Entwicklung von Stadtvierteln organisiert. Die wichtigsten Fragen wurden dort jedoch nicht gestellt. Diese betrafen das Verhältnis von Wohnungen zu Arbeitsplätzen, die Bedeutung des öffentlichen Verkehrs oder die Art von Geschäften, die angezogen oder gefördert werden sollen. Die Einwohner wurden auch nicht gefragt, wie ihre Bedürfnisse in Bezug auf Krippen, Wohnheime und schulische Einrichtungen erfüllt werden sollten. Kurz gesagt: Trotz des vordergründigen partizipativen Geistes wurde der PAG der Stadt nicht so konzipiert, dass es den Hauptproblemen der Stadt, nämlich dem ungebremsen Wachstum, der Wohnungsnot und der Explosion des Autoverkehrs, gerecht werden kann. Im Gegenteil: Für das Jahr 2030 werden 50.000 zusätzliche Arbeitsplätze prognostiziert, bei „nur“ 35.500 zusätzlichen Einwohnern. Das bedeutet, dass der Wohnraum noch knapper und die Staus noch länger werden.

Um diese Situation zu ändern, setzt sich déi Lénk entschieden für das Recht der EinwohnerInnen ein, an den nächsten Diskussionen zur Anpassung des PAG von 2017 teilzunehmen, die gesetzlich nach 7 Jahren, d.h. 2023, vorgesehen sind.

déi Lénk wollen:

11.1. Die Information der Einwohner*innen sicherstellen:

- die Protokolle der Gemeinderatssitzungen müssen weiterhin kostenlos in gedruckter Form an alle Haushalte verteilt werden;
- die Sitzungsberichte der beratenden Ausschüsse müssen auf der Internetseite der Stadt frei zugänglich sein;
- die Einladungen zu den Sitzungen der Ausschüsse von Gemeindeverbänden, denen die Stadt angehört, müssen auf der Internetseite der Stadt veröffentlicht werden. Jeder Einwohner einer Gemeinde hat das Recht, an diesen öffentlichen Sitzungen teilzunehmen;
- die Informations- und Kommunikationspolitik der Stadt muss in den drei Verwaltungssprachen des Landes erfolgen;
- die gesetzlich vorgeschriebenen Bekanntmachungen, die im „Reiter“ ausgehängt werden, auch auf der Website der Stadt veröffentlicht werden müssen;
- alle amtlichen Formulare müssen online heruntergeladen werden können;
- die wichtigsten Verordnungen müssen in einfacher Sprache dargestellt werden;

- der Information von Personen mit besonderen Bedürfnissen ist besondere Aufmerksamkeit zu schenken (siehe auch Kapitel 2);
- jedes größere Projekt, das auf Gemeindeebene durchgeführt wird, ist in einer öffentlichen Versammlung vorzustellen, die auch dazu dient, die Meinung der Bevölkerung einzuholen;
- Jährliche Informationsveranstaltungen sind in den Stadtvierteln zu organisieren, um die in den kommenden Monaten geplanten Projekte und Arbeiten vorzustellen und die Ideen und Beschwerden der Einwohner zu sammeln. Ein ausführlicher Bericht über diese Versammlungen ist an alle Haushalte zu versenden;
- die Diskussionen bei den öffentlichen Versammlungen müssen systematisch simultan übersetzt werden.

11.1 Eine regelmäßige Bürgerbeteiligung an der Entwicklung der Gemeinde einführen und dabei:

- **bei jeder Etappe gewisse Grundsätze beachten:**

1. Frühzeitige Information

Die BürgerInnen der Gemeinde werden in den Denk- und Entscheidungsprozess über jedes größere Projekt einbezogen, und zwar zu einem Zeitpunkt, an dem die wichtigsten Optionen noch nicht getroffen sind und noch grundlegende Gestaltungsmöglichkeiten bestehen.

2. Ausarbeitung eines Beteiligungskonzepts

Für jeden Beteiligungsprozess wird ein Konzept erstellt. Es enthält die bestehenden Bestimmungen und zeigt die Gestaltungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger auf. Es legt auch fest, wer teilnehmen kann, wer die Moderation übernimmt, welche Phasen des Prozesses es gibt und welche materiellen Mittel zur Verfügung gestellt werden, um die Beteiligung zu gewährleisten.

3. Umgang mit den Ergebnissen

Die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung liefern Empfehlungen oder Entscheidungsgrundlagen. Der Umgang mit diesen Ergebnissen durch die Verwaltung, das Schöffenkollégium und den Gemeinderat wird transparent und nachvollziehbar dokumentiert.

4. Evaluation

Eine kontinuierliche Evaluation und Reflexion begleitet den Beteiligungsprozess. Dadurch wird der Beteiligungsprozess optimiert und an Veränderungen angepasst.

- **die Einhaltung dieser Grundsätze von Stadtteilkomitees überwachen lassen.**

Stadtteilkomitees („Comités de quartier“, CQ) werden die Basisarbeit verstärken, ohne natürlich die Entscheidungen des Gemeinderats ersetzen zu können, da die Gemeindegesetzgebung dies derzeit nicht zulässt (wir sind jedoch der Meinung, dass in einem zweiten Schritt das Gemeindegesetz reformiert werden muss, um die Kompetenzen der CQs zu erweitern). Es spricht jedoch nichts dagegen, dass eine Gemeinde einen ersten Schritt vor einer solchen Reform macht.

Die Stadtteilkomitees könnten folgendermaßen funktionieren:

- Die Stadtteilkomitees können sich mit Themen befassen, die sie betreffen, und den Gemeinderat und das Schöffenkollegium darüber informieren. Diese Stellungnahmen müssen vom Gemeinderat innerhalb eines noch festzulegenden Zeitraums behandelt werden. Umgekehrt muss der Schöfferrat die Stadtteilausschüsse mit jedem Thema befassen, das den Stadtteil betrifft, und diese Stellungnahmen müssen vor der Abstimmung im Gemeinderat berücksichtigt werden. Die CQs müssen auch in der Lage sein, Initiativen zur Verbesserung der Lebensqualität des Viertels zu ergreifen, wenn nötig gemeinsam mit den Gemeindebehörden.
- Um die Unabhängigkeit und das reibungslose Funktionieren dieser CQs zu gewährleisten, wird die Gemeinde ihnen ein Budget zur Verfügung stellen, von dem ein Teil dazu verwendet wird, Angestellte zu bezahlen, die sich den Verwaltungsaufgaben und der technischen und rechtlichen Beratung widmen.
- Die Mitglieder der CQs (zwischen 9 und 11 Personen, paritätisch 4/5 oder 5/6) werden nach dem Prinzip der Auslosung alle zwei Jahre ernannt.
- Mindestens zweimal im Jahr muss eine Generalversammlung des Stadtteils stattfinden. Die CQs werden Arbeitsgruppen einrichten, um möglichst viele Bewohner/innen in die Basisarbeit einzubeziehen.
- Um die Beteiligung möglichst vieler Menschen zu gewährleisten, muss eine Internetplattform eingerichtet werden, deren Bearbeitung von einem/einer Angestellten übernommen wird.
- CQs aus verschiedenen Stadtteilen können bei Themen, die sie betreffen, zusammenarbeiten.

11.2 **Andere Beteiligungsmöglichkeiten anbieten:**

- die Rolle der beratenden Ausschüsse aufwerten: Mitglieder der Zivilgesellschaft sollten anwesend sein, die Zusammensetzung sollte paritätisch und repräsentativ für den hohen Anteil von Einwohnern mit Migrationshintergrund sein;
- interessierte Einwohner, die nicht Mitglied einer politischen Partei sind, sollten in beratenden Ausschüssen mitarbeiten können;
- der Mechanismus des Bürgerhaushalts sollte, sofern er richtig ausgerichtet ist, zu einer Quelle der Zusammenarbeit mit den Einwohnern in den Stadtvierteln werden;
- die repräsentative und institutionelle Rolle des Gemeinderats aufwerten, insbesondere im Hinblick auf die Rechte der Opposition. Oppositionsparteien sollten Räumlichkeiten im Rathaus erhalten, um ihre Aufgaben unter guten Bedingungen erfüllen zu können, insbesondere wenn sie Einwohner empfangen;
- Jugendliche und Kinder einbeziehen, indem sie an der Planung und Entscheidung von Projekten, die sie betreffen, beteiligt werden (siehe auch das in Kapitel 10 erwähnte Budget für Kinder und Jugendliche).

11.3 **Die Gleichstellung der Geschlechter durchsetzen:**

- die Gleichstellung der Geschlechter im Haushalt der Stadt fördern („Gender Budgeting“), indem Mittel für Maßnahmen zur Verwirklichung der Gleichstellung von Männern und Frauen bereitgestellt und diese Maßnahmen bewertet werden;
- auf der Ebene der beratenden Ausschüsse eine paritätische Vertretung anstreben;
- bei der Benennung neuer Straßen und Plätze vorrangig Namen von lokal oder international bekannten Frauen wählen, um die geringe Präsenz von Frauen im politisch-symbolischen Raum der Stadt auszugleichen;
- die Auslagerung von weiblichen Bediensteten aus den zivilen Hospizen der Stadt rückgängig machen.

11.4 **Nicht-luxemburgische Einwohner*innen integrieren durch:**

- den Ausbau der mehrsprachigen Ausrichtung der kommunalen Informations- und Kommunikationspolitik: wichtige Informationsbroschüren sollen auch in anderen Sprachen als den drei Verwaltungssprachen des Landes präsentiert werden (insbesondere Portugiesisch und Englisch);
- die Einstellung eines interkulturellen Vermittlers und einer interkulturellen Vermittlerin;
- die Zusammenarbeit der Gemeindeverwaltung mit Vertretungen von Ausländerorganisationen ausbauen;
- die gezielte Unterstützung von Vereinen und Organisationen, die interkulturelle Projekte entwickeln;
- Einwohner*innen aus ausländischen Gemeinschaften in die beratenden Kommissionen einbeziehen;
- Runde Tische organisieren und ein „Citizenship Forum“ einrichten, um Bedürfnisse zu analysieren und Aktionspläne zu erstellen;
- die Entwicklung eines kommunalen Integrationsplans stärken.

12. Gemeindeverwaltung: Angemessene und hochwertige Dienstleistungen bereitstellen.

Die Verwaltungstätigkeit der Stadt besteht darin, die kommunalen Dienste täglich zu verwalten und sie an neue Herausforderungen anzupassen, insbesondere an den dringenden Bedarf an Sozialwohnungen. Die öffentlichen Dienste entsprechen den Zielen, die von den demokratisch gewählten Behörden festgelegt wurden, und sind das bevorzugte Aktionsmittel und der Hauptgrund für die Existenz der Gemeindeverwaltung. Aus diesem Grund dürfen ihre Organisationsmodalitäten nicht den demokratischen Prinzipien entzogen werden, auf denen die Gemeindeverwaltung ihre Legitimität gründet, ebenso wie die öffentlichen Dienstleistungen nicht in den Dienst rein privater Interessen gestellt werden dürfen. Die demokratische Kontrolle über die Funktionsweise der öffentlichen Dienste wie auch ihre Mobilisierung zugunsten des allgemeinen Interesses sind jedoch bedroht, wenn öffentliche Dienste offen oder schleichend an private Akteure ausgelagert werden. Letztere haben nicht das öffentliche Interesse, sondern die Maximierung ihrer persönlichen Profite im Auge. déi Lénk sind gegen diese Tendenz, die sich in den letzten Jahren unter der DP-CSV-Koalition noch verstärkt hat. Wir sind der Meinung, dass die Dienstleistungen der Stadt stattdessen ausgeweitet, transparent verwaltet und die Nutzer in die Gestaltung und den Betrieb der Dienstleistungen einbezogen werden müssen.

Das Angebot leistungsfähiger kommunaler öffentlicher Dienstleistungen setzt voraus, dass die Kommunen über ausreichende finanzielle Mittel verfügen. Zu diesem Zweck fordern déi Lénk auf nationaler Ebene eine Erhöhung der Grundsteuer. Eine Erhöhung der Gemeindesteuer, die seit 1942 nicht mehr an die realen Preise für Grundstücke und Gebäude angepasst wurde, würde den Gemeinden ermöglichen, höhere Einnahmen zu erzielen und die Bodenspekulation zu bekämpfen. Was die kommunale Gewerbesteuer betrifft, so betreibt die Stadt Luxemburg seit Jahren eine Politik des Steuerdumpings, indem sie den niedrigstmöglichen Multiplikator anwendet, um Unternehmen in ihr Gebiet zu locken.

déi Lénk wollen:

12.1. Die Politik des Steuerdumpings gegenüber den Nachbargemeinden der Stadt Luxemburg stoppen, indem sie sich mit diesen auf die Anwendung eines höheren Multiplikators der kommunalen Gewerbesteuer einigt.

12.2. Die Auslagerung von öffentlichen Dienstleistungen an private Unternehmen stoppen und öffentliche Dienstleistungen, die bereits Gegenstand einer solchen Maßnahme waren, rekommunalisieren.

Generell sollte die Verwaltung öffentlicher Dienstleistungen im Rahmen öffentlich-rechtlicher Strukturen erfolgen.

- Die Stadtbusse sollen von städtischen Fahrern bedient werden, deren Einstellungsbedingungen überprüft werden müssen.;
- déi Lénk haben sich gegen die Auslagerung der Verwaltung der Straßenbahn an eine Aktiengesellschaft (Luxtram SA), die außerhalb des kommunalen Dienstes der Autobusse der Stadt Luxemburg (AVL) gegründet wurde, ausgesprochen, da sie dazu geführt hat, dass die Arbeitnehmer einem ungünstigeren Rechtssystem

unterworfen wurden als die öffentlichen Bediensteten und da sie eine spätere Privatisierung durch eine einfache Übertragung der Kapitalanteile erleichtert. déi Lénk fordern, dass die Straßenbahn der Stadt in den kommunalen Dienst der AVL integriert wird.

- Die Mahlzeiten in den Kantinen der städtischen Kindertagesstätten und Schulfoyers müssen vor Ort auf der Grundlage lokaler Produkte von qualifiziertem kommunalem Personal zubereitet werden (siehe hierzu Punkt 7.11 im Kapitel über Bildung).
- Kommunale Investitionen, die über öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP) finanziert werden, sind aus folgenden Gründen abzulehnen:
 - o der Gewinn, der von den privaten Partnern erwirtschaftet werden muss, stellt einen zusätzlichen Kostenfaktor dar;
 - o das Geschäftsgeheimnis bei dieser Art von Projekten beraubt die gewählten Gemeindevertreter ihres Rechts, die korrekte Verwendung öffentlicher Gelder zu kontrollieren;
 - o zahlreiche Beispiele zeigen, dass ÖPPs keineswegs eine Garantie für Kostenkontrolle sind und die öffentliche Hand letztlich für die überschüssigen Kosten aufkommen muss.

12.3. Genügend qualifiziertes Gemeindepersonal einstellen, bevorzugt als Kommunalbeamt*innen.

- Insgesamt sollten die Einstellungsverfahren für kommunales Personal transparent gestaltet werden und auf objektiven Kriterien beruhen. Die kontinuierliche Verbesserung der Verwaltungsarbeit ist durch die Organisation von Foren mit dem Personal zu fördern, in denen die Aufgaben und Ziele der verschiedenen Abteilungen und deren Ausrichtung auf die Bewohnerinnen und Bewohner besprochen werden.
- In den „Foyers scolaires“ muss der Tatsache entgegengewirkt werden, dass die Warteschlangen in den letzten Jahren aufgrund des Mangels an Erziehern immer länger geworden sind, indem die Entlohnungs- und Arbeitsbedingungen verbessert werden (40-Stunden-Wochenverträge, mehr Autonomie für die Heimverwaltung). Die Grundschulen der Stadt müssen nach einem integrierten Modell (all-in-one) arbeiten, so dass die Anmeldung für eine Schulklasse gleichzeitig die Anmeldung für das Schulfoyer der Nachbarschaftsschule bedeutet.
- Die Zunahme von Armut, Obdachlosigkeit und Drogenmissbrauch erfordern eine Stärkung der öffentlichen Einrichtungen und der stadt eigenen Personalressourcen. Die Stadt sollte nicht alle diese Dienstleistungen an NGOs auslagern, sondern in ihren eigenen Reihen ein ganz eigenes Fachwissen aufbauen.
- Im Rahmen eines Plans zur energetischen Sanierung von Wohnungen im Stadtgebiet ist ein kommunaler Informations- und Beratungsdienst in Abstimmung mit der Energieagentur einzurichten mit dem Ziel, Kontakt zu Eigentümern und Mietern aufzunehmen, ihnen nach Einkommen gestaffelte Zuschüsse anzubieten sowie eine Begleitung während der gesamten energetischen Sanierung zu ermöglichen.

- Die aktive Unterstützung von Unternehmen bei der Erstellung von Energiemanagementplänen erfordert auch die Einstellung des dafür notwendigen Personals.
- Auf nationaler Ebene muss sich die Stadt Luxemburg beim Gesetzgeber für eine Änderung der derzeitigen kommunalen Gesetzgebung einsetzen, um die Einstellung von Drittstaatsangehörigen als Gemeindebedienstete zu ermöglichen.

12.4. Eine kommunale Immobiliengesellschaft gründen, damit die Gemeinde selbst große Wohnungsbauprojekte fördern kann, ohne auf private Bauträger zurückgreifen zu müssen.

Dabei soll auf vorhandenes Personal zurückgegriffen und zusätzliches Fachpersonal eingestellt werden, um nach dem Vorbild anderer Städte im Ausland eine entsprechende operative Kraft aufzubauen.

12.5. Die Gleichstellung der Geschlechter beim kommunalen Personal beachten, auch bei der Besetzung von Führungspositionen.

In der Praxis kann sich die Gemeinde an den britischen Behörden orientieren, die regelmäßig und verpflichtend einen Bericht über Gender Diversity und geschlechtsspezifische Lohnunterschiede veröffentlichen.

Das gesamte Personal der Gemeinde, insbesondere das Personal, das mit Kindern arbeitet, und das Personal, das für die externe Kommunikation zuständig ist, sollte Schulungen zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und der Einbeziehung von nicht-luxemburgischen Einwohnern erhalten.

12.6. Die Rechte der Einwohner*innen gegenüber der Verwaltung besser definieren und die Beziehungen zwischen der Verwaltung und den Einwohner*innen vereinfachen.

- Viele Einwohner*innen kennen ihre Rechte gegenüber der Verwaltung nicht, so dass die Art und Weise, wie die Verwaltung öffentliche Dienstleistungen erbringt, undurchsichtig erscheinen kann. Aus diesem Grund schlagen déi Lénk vor, dass der Gemeinderat in Zusammenarbeit mit Vertretern der Zivilgesellschaft eine Charta der Einwohner*innenrechte ausarbeitet. Diese Charta soll die Beziehungen zwischen der Gemeindeverwaltung und den Einwohner*innen regeln: Transparenz der Entscheidungsprozesse, Zugang zu Informationen, einfache Verwaltungsverfahren, Einführung eines institutionalisierten Beschwerde- und Vorschlagsrechts. Die Gemeindeverwaltung muss insbesondere verpflichtet werden, den Empfang von Anträgen und Beschwerden innerhalb von zwei Wochen zu bestätigen. In dieser Empfangsbestätigung muss ein Ansprechpartner innerhalb der Gemeindeverwaltung sowie ein Stichtag genannt werden, bis zu dem die Verwaltung die Anfrage inhaltlich bearbeitet haben muss. Wenn es aus objektiven Gründen nicht möglich ist, eine Antwort innerhalb der vorgesehenen Frist zu geben, muss die Stadtverwaltung dem Beschwerdeführer die Gründe dafür mitteilen.
- Die Gemeinde muss eine Ombudsperson einstellen, der die Beschwerden der Einwohner*innen entgegennimmt und nach einer Überprüfung bei der Stadtverwaltung und dem Schöffenrat intervenieren kann. Sein Jahresbericht mit konkreten Vorschlägen wird in einer Sondersitzung des Gemeinderats

diskutiert. Damit die Ombudsperson ihre Aufgabe in völliger Unabhängigkeit erfüllen kann, muss er gegenüber dem Schöfferrat weitgehend autonom sein.

- Die Einwohner*innen, die die Hauptnutznießer*innen der öffentlichen Dienstleistungen sind, müssen durch ihre Anregungen und ihre Kritik zur Verbesserung der Qualität der öffentlichen Dienstleistungen beitragen können. Es ist wichtig, systematischer Umfragen zur Zufriedenheit der Einwohner*innen zu organisieren und sie zu ermutigen, sich im Rahmen von Beratungsgremien Gehör zu verschaffen.
- Generell sollten die Stadtverwaltungen bestimmte Öffnungszeiten außerhalb der normalen Bürozeiten vorsehen, damit sie auch für Arbeitnehmer*innen mit einem 8-Stunden-Tag zugänglich sind.
- Um die Transparenz bei der Vergabe von kommunalen Stellen, Sozialwohnungen usw. zu erhöhen und jede Form von Vetternwirtschaft zu vermeiden, sollte die Stadt einen beratenden Ausschuss einrichten, dem Vertreter aller im Gemeinderat vertretenen politischen Parteien angehören.

Programm/Programme/Program/déi Lénk Stad

<https://2023.dei-lenk.lu> ou <https://stad.dei-lenk.lu>

Gitt Member oder Sympathisant

Matdenken a mat handelen – fir eppes ze veränneren!

Devenez membre ou sympathisant.e

Réfléchir et agir en commun – pour changer les choses !

Tornar-se membro ou apoinante

Pensar e agir em conjunto - para fazer a diferença

Become a member or supporter

Think and act together – for change!

déi Lénk 



Sozial Reseauen/Réseaux sociaux /Social networks/Redes sociais

<https://www.facebook.com/lenk.Stad>

www.instagram.com/dei_lenk.stad

<https://stad.dei-lenk.lu>

www.lenk.lu

https://www.tiktok.com/@dei_lenk.stad

Contact

info.stad@dei-lenk.lu

téléphone : 26 20 20 72

Dons

CCPLLULL déi Lénk : IBAN LU41 1111 1549 7465 0000

Editeur responsable:

déi Lénk | B.P. 817 | L-2018 Luxembourg

63, bd de la Pétrusse | L-2320 Luxembourg